G 1480

MittelstandsMagazin

Informationen und Forum für Mittelstand, Wirtschaft und Management

12-2008 • 4,– €
www.mitmagazin.com

Stoßdämpfer für die Konjunktur

SCHWERPUNKT
Die Welt zu Gast
Messen und Ausstellungen

POLITIK
CDU-Parteitag
Endlich mehr Profil?

WIRTSCHAFT
Enttäuschung über Konjunktur-Hilfen

UNTERNEHMEN
Zeitarbeit: Spezialisten auf Abruf

KOMMT ÜBERALL HIN. DER NEUE KANGOO RAPID COMPACT.

NIMMT ALLES MIT. DER KANGOO RAPID.

www.renault.de

KANGOO RAPID COMPACT BASIS
1.5 dCi 50 kW (68 PS)
Leasingsonderzahlung: 2.299,– €
Monatliche Rate: 99,– €
Laufzeit: 36 Monate
Gesamtlaufleistung: 30.000 km

99,– €/Monat*

*Preise sind Nettoangaben zzgl. gesetzlicher USt. Ein Angebot der Renault Leasing. Bei allen teilnehmenden Renault Partnern.

ZWEI FÜR ALLE FÄLLE. Der neue Kangoo Rapid Compact und der Kangoo Rapid – zwei Partner, mit denen Sie souverän jede Transportaufgabe lösen. Denn der eine ist besonders wendig und der andere ganz besonders geräumig. Was beide verbindet: hohe Qualität, solide, robuste Verarbeitung, enorme Variabilität und Funktionalität. Und natürlich viel Komfort. Noch eine Entscheidungshilfe? Dann beachten Sie bitte das gute Preis-Leistungs-Verhältnis. Denn den neuen Renault Kangoo Rapid Compact erhalten Sie schon ab 10.590,– Euro.

Gesamtverbrauch innerorts/außerorts/kombiniert: 5,9/5,0/5,3 l/100 km. CO_2-Emission: 140 g/km (Messverfahren gem. RL 80/1268/EWG). Abb. zeigen Sonderausstattung.

RENAULT

DIE MITTE. DEUTSCHLANDS STÄRKE.

Wohlklingendes zur politischen Mitte

„Die Mitte. Deutschlands Stärke.“ ist ein Antrag zum CDU-Parteitag Anfang Dezember in Stuttgart überschrieben. Mit diesem Papier will sich die CDU wieder dort positionieren, wo sie herkommt, wo sich die meisten ihrer Wähler verorten und wo ihre programmatischen Wurzeln liegen: in der Mitte. Diese Mitte, die Kinder groß zieht, arbeitet, Steuern zahlt und sich an die Regeln hält, erarbeitet und schultert einen Großteil der staatlichen Investitionen und Aufgaben. Diese Mitte brauchen wir, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Diese Bürgerinnen und Bürger und ihre Familien wollen wir entlasten. Das ist konkrete Leistungsgerechtigkeit.

Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann ist Mitglied der achtköpfigen Programmkommission der CDU Deutschlands zur Vorbereitung des CDU-Parteitags im Dezember.

In den Jahren der großen Koalition sind die Nöte, Sorgen und Ängste der breiten Mittelschicht mehr und mehr aus dem Blickfeld der Politik geraten. Sie, die Mitte, ist der Verlierer in einer Debatte, die sich immer mehr auf die sozialen Extreme (Stichworte: Mindestlohn, Reichensteuer, Hartz IV, Managergehälter) kapriziert hat. Deutschland aber braucht eine Politik, die die Mitte wieder als das millionenfach Normale begreift.

In dem neuen Positionspapier der CDU finden sich gute Ansätze in diese Richtung, allerdings fehlt wohl noch das letzte Quäntchen Mut, sich programmatisch schärfer auf die Mitte unter Einbeziehung des unternehmerischen Mittelstandes zu fokussieren. Diese guten Ansätze spiegeln sich wider in Sätzen wie „In Familienunternehmen und im Mittelstand wird vorgelebt, worauf es ankommt: Auf nachhaltiges Wirtschaften, das in Generationen und nicht in Quartalen denkt, auf die Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung.“ Und weiter: „Alle Marktteilnehmer stehen in der Verantwortung, sich der vor allem im Mittelstand vorgelebten Ethik des Handelns zu besinnen. Wir brauchen eine Renaissance des Leitbildes vom ‚Ehrbaren Kaufmann‘.“

Das sind, bei aller Kritik, die wir als Mittelstand an Programm und Politik der CDU in der Vergangenheit zu üben hatten, neue Töne. Während in manchen Parteitagspapieren der letzten Jahre Worte wie „Mittelstand“ oder „Mitte“ überhaupt nicht vorkamen, finden sie nun ein halbes Dutzend Mal Erwähnung. In der Parteispitze hat sich offenbar die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Union ohne die Mitte nicht mehrheitsfähig ist.

Dabei ist das bürgerliche Lager nicht kleiner geworden. Dies zeigen die Wahlergebnisse in Niedersachsen, Hessen und in Bayern deutlich. Die Wähler haben sich allerdings von der Union ab- und anderen Gruppierungen der Mitte zugewandt. Angesichts dieses neuen Werbens um die Mitte, verbunden mit einem deutlichen Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, hat die Union wieder die Chance, aus dem 35-Prozent-Keller herauszukommen, in den sie 2005 verschwand.

Vorausgesetzt, aus dem noch etwas schwammigen Parteiprogramm wird sehr schnell ein profiliertes Regierungsprogramm, das von einem Politikerteam überzeugend vertreten wird. Nur wenn die Einbindung der verschiedenen gesellschaftlichen Milieus, dazu zählen die Konservativen, die Christlich-Sozialen und die Wirtschaftsliberalen, wieder gelingt, kann das Projekt Schwarz-Gelb 2009 Erfolg haben.

Leica

My Point of view

Pure Eleganz, außergewöhnliche Formen und dabei erfrischend unkompliziert. Leica Kameras fangen den richtigen Moment stillvoll ein. Das Ergebnis ist Ausdruck Ihrer Kreativität. Gehen auch Sie mit Leica auf Motivsuche!

Exklusive Vorteile für die Mitglieder der MIT

Überzeugen Sie sich selbst im Virtuellen Kreisverband der MIT unter www.mit-virtuell.de.

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU
in Kooperation mit corporate benefits GmbH

POLITIK

3 **Editorial**
MIT-Bundesvorsitzender Josef Schlarmann zur Lage vor dem CDU-Parteitag

5 **Die Seite-5-Karikatur**

6 **Stoßdämpfer für die Wirtschaft**
Gemischte Reaktionen auf Maßnahmenpaket

8 **Im Visier der Datenschützer**
Gefahren für das Direktmarketing

12 **Die CDU und der Mittelstand**
Interview mit CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla

14 **Unser Ziel ist Schwarz-Gelb**
Interview mit dem Vorsitzenden der Jungen Union, Philipp Mißfelder

WIRTSCHAFT

Schwerpunkt-Themen

18 **Messen + Ausstellungen**

22 **Notfallplanung ernst nehmen**

25 **Die Welt der Normen**

UNTERNEHMEN

26 **Zeitarbeit im Konjunkturtal**
Spezialisten auf Abruf

28 **Private Briefdienste**
Noch keine ernsthafte Post-Konkurrenz

30 **Rechtstipps**

33 **Recht im Gespräch**

33 **Aktuelle Urteile**

34 **Bücher – für Sie gelesen**

MIT-INSIDE

36 **MIT-Inside**

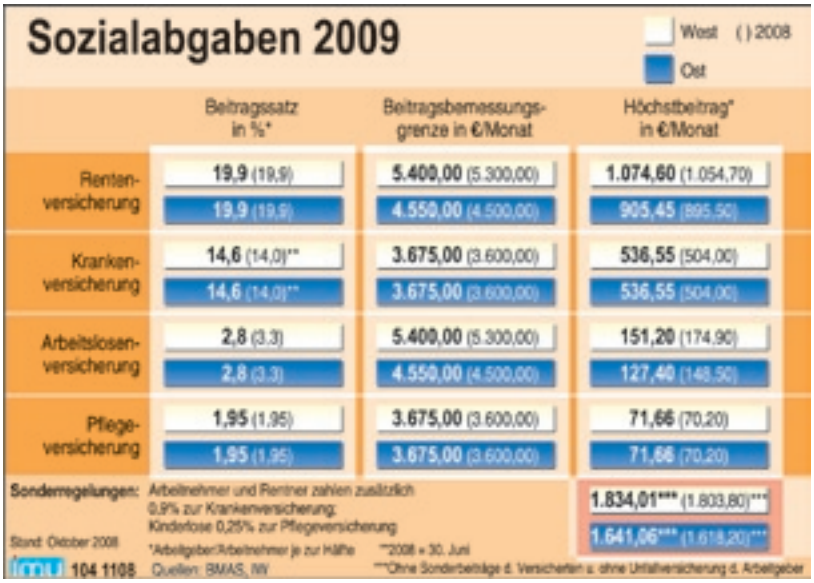
36 **Mittelstandspolitik**

39 **Namen sind Nachrichten**

40 **MIT-Inside**

42 **Baustelle Berlin**

42 **Impressum**



Sozialabgaben 2009

West ( ) 2008
Ost

	Beitragssatz in %*	Beitragsbemessungsgrenze in €/Monat	Höchstbeitrag* in €/Monat
Rentenversicherung	19,9 (19,9)	5.400,00 (5.300,00)	1.074,60 (1.054,70)
	19,9 (19,9)	4.550,00 (4.500,00)	905,45 (895,50)
Krankenversicherung	14,6 (14,0)**	3.675,00 (3.600,00)	536,55 (504,00)
	14,6 (14,0)**	3.675,00 (3.600,00)	536,55 (504,00)
Arbeitslosenversicherung	2,8 (3,3)	5.400,00 (5.300,00)	151,20 (174,90)
	2,8 (3,3)	4.550,00 (4.500,00)	127,40 (148,50)
Pflegeversicherung	1,95 (1,95)	3.675,00 (3.600,00)	71,66 (70,20)
	1,95 (1,95)	3.675,00 (3.600,00)	71,66 (70,20)
Sonderregelungen:	Arbeitnehmer und Rentner zahlen zusätzlich 0,9% zur Krankenversicherung; Kinderlose 0,25% zur Pflegeversicherung		1.834,01*** (1.803,80)***
			1.641,06*** (1.618,20)***

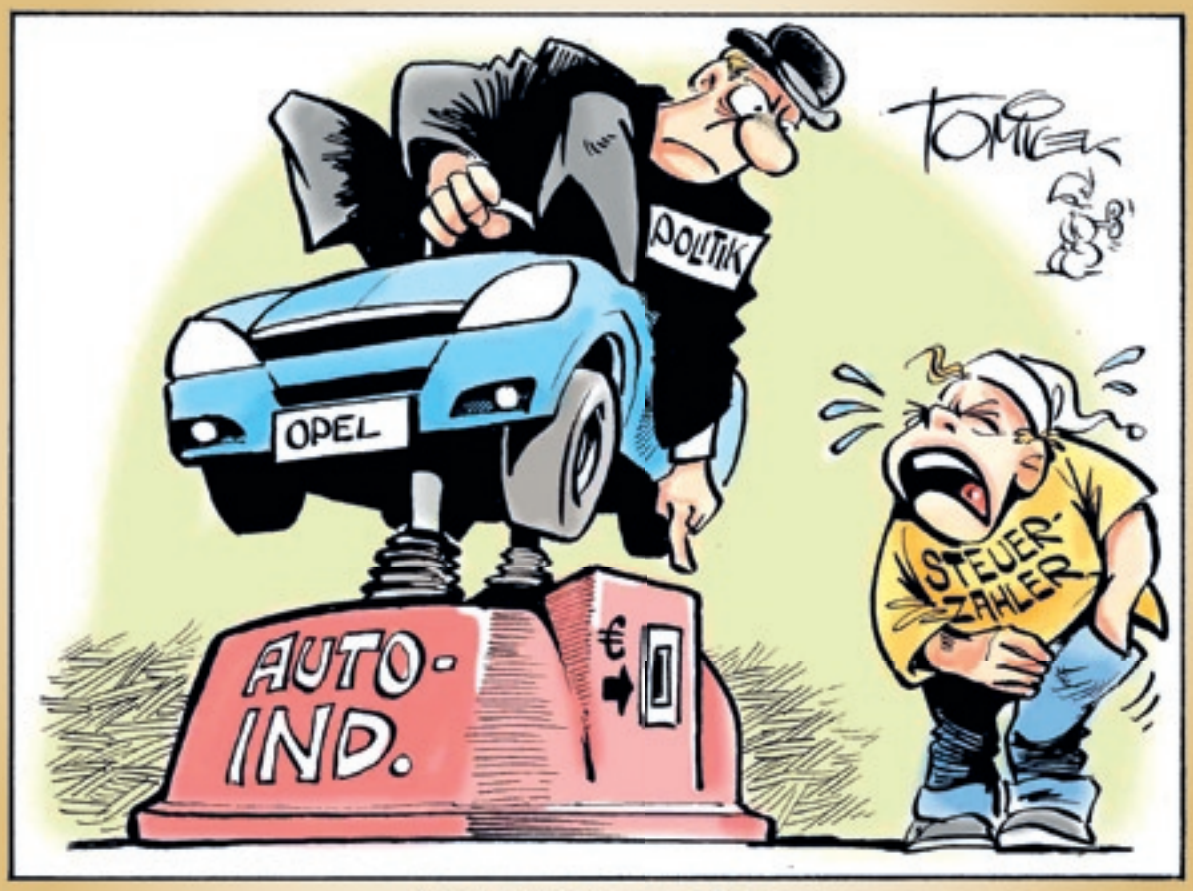
Stand: Oktober 2008
*Arbeitgeber/Arbeitnehmer je zur Hälfte **2008 = 30. Juni
Quellen: BMAS, IW ***Ohne Sonderbeiträge d. Versicherten u. ohne Unfallversicherung d. Arbeitgeber
104 1108

Wir wünschen unseren Lesern und Geschäftspartnern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Das nächste MittelstandsMagazin erscheint am 30. Januar 2009.

Verlag + Redaktion

Die Seite-5-Karikatur



STAATSBÜRGE(R)

Manager-Weisheiten

Wie schnell verschwindet alles Geld,
wenn man es nicht zusammenhält.

Die Aktie schwankt täglich munter,
mal überm Nennwert, mal darunter.

Man kann beim Kauf von Wertpapieren
viel gewinnen. Und verlieren.

Ein jeder braver Sparer ist
im Grunde stets ein Optimist.

Geld ist nie genug im Haus.
Auch geht es meistens sehr schnell aus.

Manager-Bosheiten

Man muss das Geld erst investieren,
sonst kann man es ja nicht verlieren...

Der Bank beweist die Sicherheit,
dass der kein Geld braucht, dem sie's leiht.

Grundsätzlich ist man stets besorgt,
ob man zurückkriegt, was man borgt.

Die Tilgung einer alten Schuld
erfordert häufig viel Geduld.

Wenn Banker bei Krediten grinsen,
bedeutet dies meist hohe Zinsen.

Aus: Andreas Rother, Managerweisheiten und Managerbosheiten, mit freundlicher Genehmigung von Redline Wirtschaft

Aus dem Springer-Kalender

„Nennen Sie mir ein Land, in dem Journalisten und Politiker sich vertragen, und ich sage Ihnen, da ist keine Demokratie!"

Hugh Carleton Greene, britischer Publizist, Gründer des Nordwestdeutschen Rundfunks und späterer Generaldirektor der BBC

Stoßdämpfer für die Wirtschaft

Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung, **das nicht „Konjunkturprogramm" heißen darf**, weil es im übrigen auch keines ist, wird vom Mittelstand durchweg als enttäuschend beurteilt.

Um die Konjunkturabschwächung in Folge der Finanzkrise abzufedern, hat die große Koalition ein Maßnahmenpaket für die Wirtschaft geschnürt. Die Gesamtkosten für den Etat dürften sich auf etwa 20 Milliarden Euro in den Jahren 2009 bis 2013 belaufen. Das Echo darauf fällt gemischt aus.

Die Bundesregierung hält das Tempo hoch. Nur kurze Zeit, nachdem der historische, 480 Milliarden Euro schwere Rettungsschirm für die Banken unter Dach und Fach war, hat das Kabinett auch ein „Wachstumspaket" zur Stützung der deutschen Wirtschaft im drohenden Abschwung auf den Weg gebracht. Das 15 Einzelmaßnahmen umfassende Bündel wurde gemeinsam vom Finanz- und Wirtschaftsministerium erarbeitet. Es soll in den kommenden beiden Jahren öffentliche sowie private Investitionen von 50 Milliarden Euro in Gang setzen und so insbesondere sicherstellen, dass trotz der erlahmenden Konjunktur die Beschäftigung in Deutschland möglichst nicht leidet.

Im Fokus stehen dabei die besonders von einer weltweiten Rezession gefährdeten Schlüsselbranchen der Automobilindustrie mit ihren unzähligen mittelgroßen Zulieferbetrieben, der Maschinen- und Anlagenbau sowie die Bauwirtschaft. Ihnen will man mit Absatzhilfen für Neuwagen und einem schnellen Umbau der Kfz-Steuer, befristeten Abschreibungserleichterungen sowie zusätzlichen Milliardenausgaben bei öffentlichen Infrastrukturinvestitionen unter die Arme greifen. Das Handwerk soll durch großzügigere Gebäudesanierungsprogramme und die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Reparaturen trotz Flaute eine stabile Auftragslage behalten. Die Staatsbank KfW wird angehalten, mit Bundesgarantien notfalls eine Kreditklemme im Mittelstand zu überbrücken und ihre vorhandenen Förderinstrumente durch weitere Mittel aufzustocken. Mit verlängertem Kurzarbeitergeld, zusätzlichen Arbeitsvermittlern und berufsbegleitenden Weiterbildungskursen soll schließlich der Zunahme von Arbeitslosigkeit frühzeitig begegnet werden. Die Gesamtkosten für den Etat dürften sich auf etwa fünf Milliarden Euro in den Jahren 2009 und 2010 belaufen. Was auch zur Konsequenz hat, dass die Regierung eines ihrer Kernziele, 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, beerdigen musste.

Reaktionen gemischt

Die Reaktionen auf das Wachstumspaket fallen gemischt aus. Während Handwerk und Autobauer die Erleichterungen für ihre Klientel naturgemäß kräftig loben, bleiben Ökonomen sehr skeptisch, ob das Sammelsurium große Hebelwirkung erzielt. Zwar befürworten sie das Vorziehen von staatlichen Investitionen. Kommt es nächstes Jahr, wie manche befürchten, allerdings tatsächlich zu einer massiven Talfahrt der Realwirtschaft, dann dürften die begrenzten Anreize angesichts eines Bruttoinlandsproduktes von stolzen 2,4 Billionen Euro für kaum mehr als ein schnell verpuffendes Strohfeuer ausreichen. Übrig blieben dann nur neue Schulden.

ENTTÄUSCHEND

Dr. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung

Aufgrund des weltweiten Konjunkturrückganges wird der Export seine Funktion als Konjunkturmotor verlieren. Umso wichtiger ist es, die Weichen für eine Stärkung der Binnenwirtschaft richtig zu stellen. Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung reicht dafür nicht aus.

Bei dem 15-Punkte-Programm handelt es sich um punktuelle Maßnahmen ohne geschlossenes Gesamtkonzept und ohne die erforderliche Durchschlagskraft. Steuerliche Anreize für den Kauf von schadstoffarmen Autos und für Handwerkerleistungen sowie Finanzhilfen für Gebäudesanierung lösen in erster Linie Mitnahmeeffekte aus. Auch subventionierte KfW-Kredite für Infrastrukturinvestitionen können allein den Konjunkturabschwung nicht aufhalten. Gleiches gilt für die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes hat keinen positiven Effekt für den Arbeitsmarkt, sondern ist Kosmetik für die Arbeitslosenstatistik.

Zu bemängeln ist insbesondere, dass eine nachhaltige Senkung von Steuern und Abgaben für die privaten Haushalte nicht vorgesehen ist. Die große Koalition bleibt bei ihrer falschen Linie, dass Geld in Staatshand besser aufgehoben sei als beim Bürger. Der private Konsum, der zirka zwei Drittel der Gesamtnachfrage ausmacht, wird damit das Sorgenkind der Wirtschaft bleiben. Die Koalitionsregierung ist nicht einmal bereit, die „kalte Progression", die wie eine Strafsteuer auf zusätzliche Leistung wirkt, abzumildern. Es ist auch nicht vorgesehen, die unteren Einkommen durch Senkung der Sozialabgaben zu entlasten. Im Konjunkturabschwung erhöht sich dadurch das Arbeitsplatzrisiko vor allem für die Geringqualifizierten.

Die Pläne der Regierung sehen auch keine Entlastungen für die Betriebe vor. Die Kostenerhöhungen bei der Lkw-Maut und dem CO_2-Emissionshandel sowie die höheren Beiträge zur Gesundheitsversicherung werden mit ihren negativen Effekten für die Konjunktur bleiben. Notwendig wäre auch, die bei der Unternehmensteuerreform beschlossene Hinzurechnung von Mieten und Pachten bei der Gewerbesteuer zurück zu nehmen, weil sie im Konjunkturabschwung eine gefährliche Investitionsbremse ist.

Das Konjunkturprogramm ist – trotz einiger positiver Ansätze – insgesamt enttäuschend.

Gebäudesanierung	Automobilbranche	Beschäftigung	Infrastruktur
Die Mittel für das CO2-Gebäudesanierungsprogramm und andere Maßnahmen, um Investitionen in Energieeffizienz zu erhöhen, werden für die Jahre 2009 bis 2011 um drei Mrd. Euro aufgestockt (u.a. Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter" zum altersgerechten Umbau sowie Investitionspakt zur Sanierung von Schulen, Kindergärten, Sportstätten, sozialer Infrastruktur und Großsiedlungen).	Neuwagen werden bis zu zwei Jahre von der Kfz-Steuer befreit. Diese wird spätestens 2011 auf eine CO2- und schadstoffbezogene Besteuerung umgestellt. Die europäischen Regeln für CO2-Emissionen von Pkw sollen vertretbarer gestaltet werden. Programme der Europäischen Investitionsbank (EIB) zur Entwicklung moderner Fahrzeugtechnologien und für mittelständische Zulieferer werden erhöht.	Flächendeckender Ausbau des Sonderprogramms „WegeBau" für ältere und geringqualifizierte Arbeitnehmer (berufsbegleitende Weiterbildung). Mit 1.000 zusätzlichen Vermittlerstellen in den Arbeitsagenturen soll die Job-to-Job-Vermittlung kürzlich Gekündigter verbessert werden. Die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes wird befristet für ein Jahr von bisher zwölf auf 18 Monate verlängert. Es kann dann auch für Weiterqualifikationen genutzt werden.	Die KfW-Programme für strukturschwache Kommunen werden um drei Mrd. Euro aufgestockt. Die Bundesregierung wird zudem dringliche Verkehrsinvestitionen beschleunigen und dazu in den Jahren 2009 und 2010 jeweils 1 Mrd. Euro zusätzlich mobilisieren. PPP-Projekte beim Straßenbau sollen schneller realisiert werden. Für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" stellt der Bund 2009 einmalig 200 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung.
Handwerk	**Abschreibungen**	**Innovation**	**Finanzierung**
Die Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen wird ausgeweitet durch Verdopplung des Steuerbonus auf 20 % von max. 6.000 Euro (d. h. bis zu 1.200 Euro Steuerersparnis).	Für zwei Jahre wird eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von 25 % eingeführt. Zudem werden Sonderabschreibungen kleiner und mittlerer Unternehmen erweitert.	Die KfW stockt ihr Angebot für Beteiligungskapital für junge Unternehmen auf und verstärkt ihre bisherigen Maßnahmen im Bereich Innovationsförderung und -umsetzung.	Mit einem bis Ende 2009 befristeten Programm von 15 Mrd. Euro soll die KfW das Kreditangebot für den Mittelstand verstärken. Dazu werden bis zu 80 % der Haftungsrisiken der Hausbank übernommen.

Im Visier der Datenschützer

Auf die jüngsten Skandale von Datenmissbrauch will die Politik mit strengen gesetzlichen Fesseln reagieren. Direktmarketing und Versandhandel sehen ihr Geschäftsmodell in Gefahr. Viele Mittelständler fürchten gar um ihre Existenz. Zielgenaue Werbung könnte für Unternehmen in Zukunft schwieriger werden.

Selten zuvor bewegte das Thema Datenschutz so sehr die bundesdeutschen Gemüter wie in den letzten Monaten. Sind meine persönlichen Angaben noch sicher? Diese Frage stellen sich viele Verbraucher angesichts der spektakulären Meldungen über immer neue Lecks und Betrügereien. Die Ermittler sprechen von einem regelrechten Schwarzmarkt für Daten mit schwunghaftem Handel. Staatsanwälte suchen inzwischen bundesweit nach mehreren Kriminellen. So wurden beim telefonischen Verkauf von Lotterie-Losen, Handy-Verträgen und Zeitungs-Abos offenbar serienweise Aufträge fingiert und anschließend Girokonten per Lastschriftverfahren geplündert. Bis zu 20.000 Bankverbindungen seien illegal von betrügerischen Call-Centern und Gewinnspielanbietern genutzt worden. Die Deutsche Telekom räumte im Herbst ein, dass ihr bereits vor zweieinhalb Jahren Nummern von über 17 Millionen Mobilfunkkunden durch Diebstahl und unzureichend gesicherte interne Systeme abhanden gekommen seien. Der magentarote Konzern, dessen Image zuvor bereits durch einen hausinternen Bespitzelungsskandal arg ramponiert worden war, hat mittlerweile eigens einen Vorstand für Datenschutz berufen.

Schärfere Gesetze geplant

Diese Vorfälle haben längst auch die Politik auf den Plan gerufen. Anfang September lud Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble Datenschutzexperten und Ländervertreter zum Krisengipfel nach Berlin ein. Diskutiert wurden dabei verschiedenste Maßnahmen - von stärkeren Auskunftsrechten der Verbraucher über strengere Bußgeldvorschriften bis hin zu scharfen Schwertern wie der Abschöpfung unrechtmäßiger Gewinne. Sein Ministerium hat nun einen ersten Entwurf zur Verschärfung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) vorgelegt, der vor allem die Verwendung personenbezogener Daten für Werbezwecke vollkommen neu regeln will: Ihre Nutzung soll in Zukunft grundsätzlich unzulässig sein. Ausnahmen davon sind lediglich für die eigene Produktbewerbung, zur Spendenakquise gemeinnütziger Organisationen oder beim Vorliegen einer expliziten Einwilligung vorgesehen. Heute müssen Kunden hingegen ausdrücklich einer Drittnutzung widersprechen. Durch den jetzt angedachten Systemwechsel vom „Opt-Out“ zum „Opt-in“ wäre der kommerzielle Handel mit Adressen drastisch erschwert. Außerdem in Planung: ein Gütesiegel für vorbildliche Unternehmen sowie die Pflicht, Betroffene bei Datenpannen zu informieren.

Direktmarketing in Gefahr

In den Augen der Wirtschaft schießt die Regierung mit ihren Plänen weit übers Ziel hinaus und droht einem Großteil der Werbebranche, die mit personalisierter Kundenansprache arbeitet, hier zu Lande die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Das sogenannte Direktmarketing spielt eine enorme Rolle. 2007 lag sein Anteil an allen Werbeausgaben bei über Zweidrittel. 83 Prozent aller Unternehmen setzen Dialogmarketing-Instrumente ein, vom Werbebrief über Internet-Lösungen bis hin zu elektronischen Mailings. In diesem Sektor, der jährlich mehr als 30 Mrd. Euro umsetzt und hunderttausende Arbeits-

plätze sichert, tummeln sich neben einigen großen Anbietern weit mehr als 1.000 spezialisierte kleine und mittlere Firmen, die nun mit einer Mischung aus Empörung und Unverständnis gen Hauptstadt blicken. Sollen sie als gesetzestreue Mittelständler in Sippenhaft genommen werden für einige kriminelle schwarze Schafe, deren Machenschaften schon heute streng verboten sind? Aus ihrer Sicht reichen die bestehenden Vorschriften aus und müssen lediglich klarer gefasst, strenger kontrolliert sowie Verstöße schärfer bestraft werden. Die Politik „schieße mit Kanonen auf Spatzen und treffe allein die Unbescholtenen", heißt es in ihren Protestschreiben an die Bundestagsabgeordneten. „Man verbiete ja auch nicht Kreditkarten oder das Internet, nur weil dort Betrügereien zunehmen."

Schwierigkeiten drohen aber auch Verlagen, Buchclubs, Direktversicherern, dem Handel sowie Versandhäusern. Ihnen allen steht bislang ein seit zwei Jahrzehnten bewährtes, sogenanntes „Listenprivileg" zu, das sie für zielgruppengenaue Kundenansprache nutzen dürfen. Es erlaubt die Verwendung eines nicht selbst erhobenen, eingeschränkten personenbezogenen Datensatzes aus Name, Adresse, Geburtsjahr plus einem zusätzlichen Merkmal, wie beispielsweise das Produktinteresse oder den Beruf. Da für „cold calls", also Telefon-, Fax-, SMS- und Email-Werbung, ein gesetzlicher Einwilligungsvorbehalt längst festgeschrieben ist, kommt das Listenprivileg praktisch ausschließlich bei postalischen Aktionen zum Einsatz. Dabei kauft das werbende Unternehmen die Dateien in aller Regel von Adresshändlern oder bedient sich besonderer Dienstleister wie Lettershops, die Werbebriefe im Auftrag verschicken, ohne dass ihre Kunden als Absender die aufgedruckte Adresse selbst jemals zu Gesicht bekommen. Etwa 11,5 Mrd. Euro geben deutsche Unternehmen pro Jahr für solche adressierten Sendungen aus.

ZITAT

„Wegen einiger unbestritten schwarzer Schafe darf nicht die Existenz einer ganzen Branche gefährdet werden. Direktmarketing und gezielte Kundenwerbung sind gerade für den Mittelstand unerlässlich und müssen auch in Zukunft ohne zusätzliche teure Bürokratie möglich bleiben."

Dr. Michael Fuchs, MdB, Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Werbung würde schwieriger

Fiele das Listenprivileg ersatzlos weg, fürchtet die Branche zeit- und kostenintensive zusätzliche Arbeit, da neue Adressen mit verpflichtender vorheriger Einwilligung wohl nur noch schwer zu beschaffen wären. Mehr noch: Selbst die Nutzung von Namen und Anschriften aus allgemein zugänglichen Quellen wie dem Telefonbuch oder Ausstellerverzeichnissen soll laut Gesetzentwurf verboten werden. Nur Informationen, die ein Unternehmen direkt vom Betroffenen erhalten hat, dürften in Zukunft für die Bewerbung eigener Produkte noch ohne weiteres eingesetzt werden. Diese Regelung greift ab Mitte 2010 rückwirkend selbst für bereits in der Vergangenheit erfasste Privat- und Firmenadressen. Besteht zu diesen noch keine Geschäftsbeziehung, müssen die Betroffenen dann zunächst nochmal befragt werden, ob man weiter per Post unaufgefordert z.B. über aktuelle Angebote informieren darf. Teure Bürokratie und Praxisuntauglichkeit wären die Folge: Ein Hotel mit neuen Seminarräumen dürfte Firmeninhaber im Umkreis nur persönlich anschreiben, wenn diese zuvor dort schon einmal übernachteten. Freiberufler, deren Firma in der Regel der eigene Name ist, könnten von Büroartikellieferanten als Neukunden überhaupt nicht mehr gezielt beworben werden. Die Liste der Kuriositäten ließe sich fortsetzen. Gerade Existenzgründer, die mit ihren Ideen neu auf den Markt kommen wollen, wären betroffen. Auch der Austausch von Kundendaten innerhalb eines Konzerns oder schlicht zwischen Ladengeschäft und eigenem Onlineshop wäre schwieriger. Sollten die Verschärfungen tatsächlich so umgesetzt werden, rechnen Fachleute deshalb über kurz oder lang mit einer Verlagerung des Direktmarketings ins benachbarte Ausland. Vielen Unternehmen bliebe dann wohl nichts anderes übrig, als auf anonyme Postwurfsendungen, Flyer oder aufwendige Zeitungsanzeigen auszuweichen – mit hohen Kosten und Streuverlusten. Gerade Mittelständler können sich das wohl kaum leisten, ganz zu schweigen von Radio- oder Fernsehspots. Regionalen Einzelhändlern, Handwerksbetrieben, Reisebüros und Autohäusern wäre damit ein Bärendienst erwiesen, während die große Konkurrenz mit ihren nicht weniger umstrittenen Kundenkartensystemen munter weiter Daten sammeln und zum Marketing nutzen kann.

Kaum Nutzen für Verbraucher

Auch Ottonormalverbraucher hätte wenig gewonnen. Statt maßgeschneiderter Angebote mit persönlicher Ansprache droht ihm ein überquellender Briefkasten mit noch mehr Prospekten und Massensendungen jeder Art. Was viele nicht wissen: Wer sich durch Werbeflut belästigt fühlt, kann sich schon heute in die „Robinsonliste" eintragen lassen, um ungewollte Zuschriften generell abzustellen, oder gezielt bei einzelnen Absendern widersprechen, selbst im Nachhinein. Das gilt auch bei frei zugänglichen Daten wie dem Telefonbuch oder bei festen Vertragspartnern wie der eigenen Bank und dem Telefonanbieter. Sensible Daten wie Kontoverbindungen, personenbezogene Merkmale oder die Krankenkasse schützt das Bundesdatenschutzgesetz ohnehin und sieht bei Verstößen Geldbußen von 250.000 Euro vor. Dass noch nie so viele Menschen bereitwillig so viel über sich preisgeben haben wie heute, steht zwar auf einem ganz anderen Blatt. Familienfotos, Lebensläufe und höchst Privates werden immer häufiger im World-Wide-Web vor den Augen der Welt verbreitet. Mit solcher Blauäugigkeit leisten viele „mündige" Konsumenten dem Missbrauch ihrer Daten allerdings oft selbst am meisten Vorschub. Dagegen und gegen Kriminelle hilft letztlich kein noch so scharfes Gesetz. Dass der beste Datenschutz die eigene Vorsicht ist und gezielte Werbemaßnahmen im modernen Wirtschaftsleben unverzichtbar sind, scheint nun allmählich auch den Beamten im Innenministerium zu dämmern. Sie wollen ihr neues Regelwerk noch einmal überdenken und Lösungen finden, die auch die Belange der Unternehmen besser berücksichtigen.

kss

Lexware financial office pro: Damit auch die Ordnung mitwächst.

Ihr Unternehmen ist den Kinderschuhen längst entwachsen? Dann legen Sie Ihre Unternehmens-Finanzen am besten in die Hände eines Vollprofis. Wie Lexware financial office pro. Denn dieses Power-Paket ist in allen Bereichen der Buchhaltung, Warenwirtschaft und Lohnabrechnung zuhause. Dazu immer auf dem neuesten Stand der Gesetze und natürlich mehrplatzfähig.

Jetzt bestellen unter 0180 5398011, auf www.lexware.de/shop oder überall, wo es Software gibt.

LEXWARE

Enthält: Lexware buchhalter pro ´09, Lexware faktura+auftrag pro ´09 und Lexware lohn+gehalt pro ´09. **Jetzt 4 Wochen kostenlos testen!**

DAS INTERVIEW

Union liegt bei der Wirtschaftskompetenz vorn

Interview mit CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla

Haben Sie Verständnis für den Unmut im Mittelstand über die mangelnde Wirtschaftskompetenz der Union?

Ronald Pofalla: Natürlich kann man sich immer verbessern. Ich bin aber auch dafür, dass wir die Realität zur Kenntnis nehmen: Die Union liegt bei den Umfragen zur Wirtschaftskompetenz nicht nur mit weitem Abstand, sondern auch dauerhaft klar vorne. Und gerade in den turbulenten Wochen rund um die Finanzkrise hat die Regierung unter Führung der Union, sowohl nach Meinung der breiten Öffentlichkeit als auch der Experten, exzellente Arbeit geleistet. Insofern kann ich nur dazu raten, nicht immer alle Erfolge klein und Meinungsunterschiede groß zu reden. Die große Mehrheit der Bürger verortet in der Union die Wirtschaftskompetenz. Und das zu Recht.

Auch die Junge Union beklagt, dass die Union in der großen Koalition die Auseinandersetzung mit der SPD nicht in ausreichendem Maße sucht...?

Pofalla: Die Junge Union hat als Jugendorganisation das Recht auch schärfer anzugreifen. Verbalattacken mit denen man nur eine Schlacht gewinnt, richten es aber nicht. Das sieht man doch bei der SPD, die permanent auf Angriff geschaltet ist.

Wir haben auch die Aufgabe, über das zu reden, was wir wollen und das, was wir erreicht haben. Beispiel Finanzmarktkrise: Wir müssen offensiv für die Soziale Marktwirtschaft werben. Ein „mehr" an notwendiger staatlicher Aufsicht darf dauerhaft nicht zu einer höheren Staatsquote führen. Beispiel Arbeitsmarkt: Die Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 2,8 Prozent haben wir der SPD abgetrotzt. Ohne uns hätte es stattdessen neue teure Staatsprogramme gegeben. Die Arbeitslosigkeit ist zum ersten Mal seit 16 Jahren unter die 3 Millionen-Grenze gefallen. Das hätte Ende 2005 doch niemand für möglich gehalten.

... das Adenauer-Haus als Abteilung des Bundeskanzleramtes...?

Das ist doch Unfug! Das Konrad-Adenauer-Haus hat in den letzten zweieinhalb Jahren mit dem neuen Grundsatzprogramm „Freiheit und Sicherheit" Parteiarbeit pur geleistet. Gleiches gilt jetzt für die intensiven Vorbereitungen zur Wahlkampagne 2009. Das sind nur zwei Beispiele. Das darf uns aber nicht daran hindern, Erfolge der Union innerhalb der Regierungsarbeit aufzuzeigen. Wer das vergisst, landet ganz schnell im 20-Prozent Keller. Fragen Sie mal im Willy-Brandt-Haus nach....

Die Kritik im Mittelstand am Maßnahmenpaket der Bundesregierung und vor allem an der Erbschaftsteuer, an der Steuerlast und am schleppenden Bürokratie-Abbau ist manifest. Wie begegnen Sie dieser Kritik?

Erstens: Ich finde, dass wir eine vernünftige Regelung bei der Erbschaftsteuer durchgesetzt haben. Das lange Ringen hat sich gelohnt – auch die Hinweise aus der MIT. Zweitens: Jedem, der jetzt eine Steuerreform mit der SPD fordert, empfehle ich einen Blick in die SPD-Parteitagsbeschlüsse von Hamburg 2007: Wiedereinführung der Vermögensteuer, Verdopplung der Erbschaftsteuer, Reichensteuer. Das sind die Forderungen, die dann auf uns zukommen. Eine Reform nach den Prinzipien „einfach, niedrig, gerecht", geht mit der SPD nicht. Ich plädiere daher dafür, dass wir in der nächsten Legislaturperiode in einer bürgerlichen Regierung eine vernünftige Steuerreform mit echten Entlastungen umsetzen. Ich denke, diese zweite Option klingt deutlich verlockender.

Was hat denn der Stuttgarter CDU-Parteitag im Angebot für den Mittelstand?

Der Antrag „**Die Mitte. Deutschlands Stärke.**" ist für den Mittelstand von besonderem Interesse. Eine der Kernbotschaften lautet: Leistung muss sich wieder mehr lohnen. Ich habe den Vorsitzenden der MIT, Josef Schlarmann, bewusst vom Beginn an intensiv in die Beratungen für diesen Antrag eingebunden. Ich glaube, das ist auch im Ergebnis zu spüren.

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

Ronald Pofalla, MdB, ist der Generalsekretär der CDU Deutschlands

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie

impulse für wachstum

+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

Wirtschaft stärken – Beschäftigung sichern

Das Wachstumspaket der Bundesregierung für mehr öffentliche und private Investitionen, zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen und zur Belebung des Konsums

Finanzierung der Wirtschaft sichern

Ein zusätzliches Kreditangebot der KfW von bis zu 15 Mrd. Euro bis Ende 2009 hilft, die Versorgung der Wirtschaft und besonders des Mittelstandes mit Krediten zu sichern – auch bei Engpässen im Bankenbereich.

Mehr Investitionen der Unternehmen und Betriebe auslösen

Befristet auf zwei Jahre wird zum 01.01.2009 eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von 25 Prozent eingeführt. Ebenfalls auf zwei Jahre befristet, wird zusätzlich die Möglichkeit von Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen erweitert.

Zu mehr Investitionen für energieeffizientere Gebäude anregen

Die Bundesregierung will zusätzliche Investitionen für energieeffizientere Gebäude anstoßen. Daher hat sie die Mittel für das CO_2-Gebäudesanierungsprogramm und andere Maßnahmen für 2009 bis 2011 um drei Mrd. Euro aufgestockt.

Investitionen in Infrastruktur und Verkehr fördern bzw. beschleunigen

Die Infrastrukturprogramme der KfW für strukturschwache Kommunen werden um drei Mrd. Euro aufgestockt. Dabei werden die Zinskonditionen für einen befristeten Zeitraum besonders günstig gestaltet. Dringliche Verkehrsinvestitionen werden zusätzlich mit je einer Mrd. Euro in 2009 und 2010 beschleunigt umgesetzt.

Mittel für die Regionalförderung erhöhen

Die Bundesregierung erhöht ab 01.01.2009 die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ einmalig um 200 Mio. Euro.

Nachfrage nach Handwerkerleistungen stärken

Handwerkerleistungen bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen sind künftig stärker steuerlich absetzbar: Der Steuerbonus wird zum 01.01.2009 zunächst für zwei Jahre auf bis zu 1.200 Euro erhöht.

Effizientere Fahrzeuge fördern und Anpassungsprozess der Automobilbranche erleichtern

Die Bundesregierung führt für Neuwagenkäufe eine zeitlich befristete Kfz-Steuerbefreiung ein.

Beschäftigung konkret sichern

Befristet auf ein Jahr verlängert die Bundesregierung die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von bisher 12 auf 18 Monate. Mit 1.000 zusätzlichen Mitarbeitern in den Agenturen für Arbeit verbessert sie die Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Kündigungsphase.

Hotline für Mittelständler, die von der Finanzkrise betroffen sind:
Telefon-Hotline 0180 5 615007
(0,14 Euro/Min., abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen sind möglich)

Mehr erfahren Sie unter: **www.bmwi.de**

DAS INTERVIEW

Unser Ziel ist Schwarz-Gelb

Interview mit dem Vorsitzenden der Jungen Union, Philipp Mißfelder, MdB

Sie beklagen den mangelnden „Biss" der Union gegenüber der SPD ...?

Philipp Mißfelder: Zum Wahljahr 2009 muss deutlicher werden, in welchen Bereichen sich die CDU von der SPD unterscheidet. Das kann vor allem in der Wirtschaftspolitik mit klaren Aussagen gelingen.

Welches Signal erwarten Sie vom CDU-Parteitag mit Blick auf die Bundestagswahl?

Mißfelder: Wir müssen in Stuttgart Geschlossenheit zeigen - gerade auch bei der Wahl der CDU-Spitze. Die Parteivorsitzende Angela Merkel und ihre Stellvertreter von Jürgen Rüttgers, über Roland Koch bis zu Christian Wulff sind ein starkes Team. Unser Parteitag muss auch ein Signal sein, mit einem klaren Programm in die kommenden Wahlkämpfe zu ziehen.

MIT-Mitglied Philipp Mißfelder wurde kürzlich vom Deutschlandtag der Jungen Union in seinem Amt als JU-Bundesvorsitzender bestätigt.

Sie fordern Geschlossenheit der CDU. Funktioniert die Zusammenarbeit von MIT und JU?

Mißfelder: Ja, sehr gut. Sowohl die MIT als auch die Junge Union setzen sich gemeinsam für generationengerechte Reformen und die Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft ein. Unser Ziel ist es, den Mittelstand und die Bürger zu entlasten. Deswegen haben die MIT und die Junge Union bei Themen wie der Reform der Erbschaftsteuer, der Pendlerpauschale und dem Abbau der Staatsverschuldung zusammengearbeitet.

In welcher Aufstellung, programmatisch wie personell, soll die Union ins Wahljahr 2009 ziehen?

Mißfelder: Wir müssen überzeugend Programm und Personen miteinander verbinden, wie es uns in der Familienpolitik mit Ursula von der Leyen gelungen ist. Um 40 Prozent plus X bei der nächsten Bundestagswahl zu erreichen, müssen wir unsere Stammwähler stärker mobilisieren und zugleich neue Wähler hinzugewinnen. Daher müssen wir alle Flügel der Volkspartei CDU sichtbar werden lassen – den wirtschaftsliberalen, den christlich-sozialen und den konservativen Flügel. Unser Ziel ist Schwarz-Gelb, denn nach der Bundestagswahl wollen wir keine Fortsetzung der Großen Koalition!

Die Fragen stellte Günter F. Kohl

MIT-Bundesschatzmeister Peter Jungen erhielt als Dank für sein Grußwort beim JU-Deutschlandtag das neue Buch von Friedrich Merz „Mehr Kapitalismus wagen".

PHILIPP MISSFELDER

... wurde 1979 in Gelsenkirchen geboren. Seit 1999 gehört er dem CDU-Bundesvorstand an, auf dem Stuttgarter Parteitag kandidiert er für das Präsidium. Seit 2002 ist der Historiker (M.A.) Bundesvorsitzender der Jungen Union, seit 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. In Castrop-Rauxel tritt er 2009 als Kandidat zur Direktwahl in den Bundestag an.

Anzeige

SPIELERSCHUTZ UND JUGENDSCHUTZ IN GEWERBLICHEN SPIELSTÄTTEN

20 Jahre Selbstverantwortung!

Das Piktogramm wurde in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit entwickelt.

Die deutsche Unterhaltungsautomatenwirtschaft hat bereits **1989** frühzeitig und freiwillig vereinbart, in die Frontscheiben aller in Spielstätten und Gaststätten aufgestellten Geld-Gewinn-Spiel-Geräte unauswechselbar Piktogramme einzudrucken. Spätestens seit 1995 sind die Piktogramme lückenlos an allen mehr als 200.000 Geld-Spiel-Geräten zu finden:

- Plakativ wird dort auf die Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes hingewiesen: **Kein Geldspiel unter 18 Jahren!** Dies wird wirksam umgesetzt.

- Die **Info-Telefonnummer 01801-372700** ist bei der zum Bundesministerium für Gesundheit gehörenden **Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung** aufgeschaltet. Spieler oder deren Angehörige können bei Interesse mit geschulten Beratern in Kontakt treten bzw. erhalten Hinweise auf Beratungs- und Therapieangebote in ihrer Region.

Die deutsche Unterhaltungsautomatenwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung bewusst und dabei vielfach Vorreiter und beispielgebend.

Eine Information der deutschen Unterhaltungsautomatenwirtschaft.

VDAI — Verband der Deutschen Automatenindustrie e. V.

DAGV — Deutscher Automaten-Großhandels-Verband e. V.

BA — Bundesverband Automatenunternehmer e. V.

FORUM für Automatenunternehmer in Europa e. V.

AWI — AWI Automaten-Wirtschaftsverbände-Info GmbH

Verantw.: AWI Automaten-Wirtschaftsverbände-Info GmbH, Dircksenstraße 49, 10178 Berlin, www.awi-info.de.

Die schönste Zeit, mit einer

DOMAINS

Bis zu 5,– € Weihnachtsgeld!*

Ihre individuelle Internet-Adresse

Sichern Sie sich jetzt Ihre Wunschdomain mit Ihrem Namen, Firmennamen oder einem Wunschbegriff! Sie können aus zahlreichen Domainendungen wählen.

HOSTING

Bis zu 150,– € Weihnachtsgeld!*

Attraktive Homepages – für Privatanwender und Firmen

Gestalten Sie mit 1&1 Ihre eigene perfekte Homepage und nutzen Sie wertvolle Inklusivleistungen, für die Sie bei anderen Providern oft extra zahlen – von der bedienungsfreundlichen Einsteiger-Lösung bis zur hochwertigen Firmen-Website.

BIS ZU 10 DOMAINS INKLUSIVE!

*Weihnachtsgeld bis 30.11.2008: jeweils als Guthaben zur Verrechnung mit den monatlichen Grundgebühren z.B. bei 1&1 Domain mit .de Domain 0,49 €/Monat, 1&1 Homepage Business Pro 29,99 €/Monat, 1&1 Root-Server XL64 99,99 €/Monat oder 1&1 Business Pro Shop 69,99 €/Monat. Einmalige Einrichtungsgebühr 9,60 € (1&1 Homepage Business Pro und 1&1 Business Pro Shop 14,90 €, 1&1 Root-Server XL64 99,– €). Mindestvertragslaufzeit 24 Monate. Preise inkl. MwSt.

MEMBER OF united internet

Beratung und Bestellung: 0180 5 001 535 (14 ct/Min. Dt. Festnetz, Mobilfunkpreise ggf. abweichend)

1&1 Website zu starten!

Mit mehr als 5 Millionen gehosteten Websites zählt 1&1 zu den größten Webhostern weltweit. Dafür gibt es viele gute Gründe: Höchste Datensicherheit kombiniert mit innovativer Technik in eigenen Hochleistungsrechenzentren, kompetente Mitarbeiter, wertvolle Inklusive-Features bis hin zu einfacher Bedienung und individuellem Support.

Und das Beste ist: Für kurze Zeit gibt´s unsere beliebtesten Produkte sogar mit bis zu 200,– € Weihnachtsgeld, das wir mit Ihrer monatlichen Grundgebühr verrechnen. Sie sehen – jetzt ist wirklich die schönste Zeit, mit einer 1&1 Homepage in 2009 zu starten. Also, worauf warten Sie noch?

Bis 30.11. Weihnachtsgeld sichern – bis zu 200,– €!*

SERVER

Bis zu 200,– € Weihnachtsgeld!*

Ihre Server-Freiheit

Für Einsteiger gibt es jetzt die bis zu viermal leistungsfähigeren 1&1 Virtual-Server! Und für alle, die die ganze Leistungsfähigkeit eines eigenen Servers wünschen hat, 1&1 ebenfalls die optimale Lösung.

AMD Opteron™ 64

E-SHOPS

Bis zu 200,– € Weihnachtsgeld!*

Ihr bequemer Start in E-Commerce

Verdienen Sie Geld im Internet! Mit den tausendfach bewährten 1&1 E-Shop-Lösungen in verschiedenen Leistungsgrößen. Ansprechendes Shop-Design, höchste Sicherheit, einfache eBay-Anbindung, perfekte Kunden- und Artikel-Verwaltung u.v.m.

NEU: BIS ZU VIERMAL MEHR ARTIKEL!

1&1

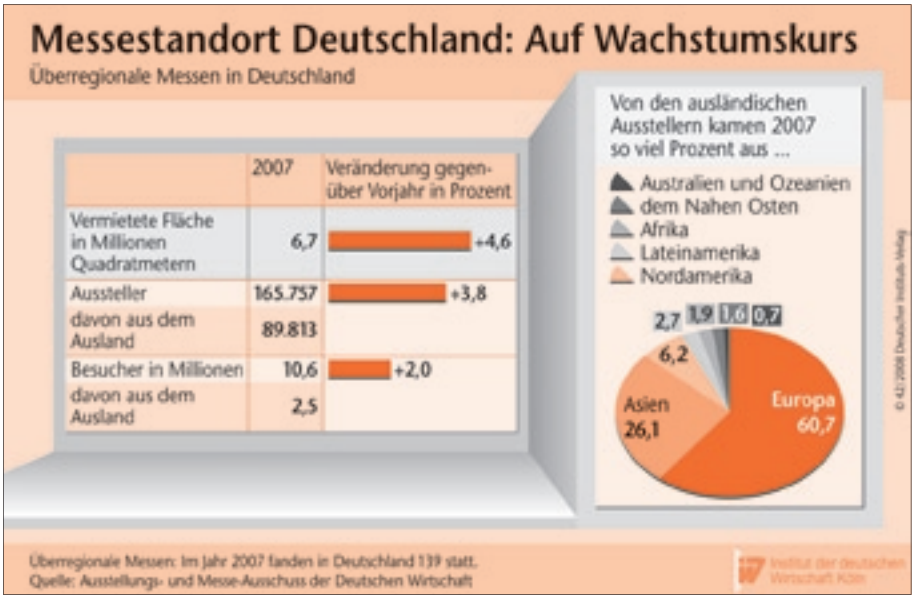
www.1und1.info

Die Welt zu Gast

Seit langem ist Deutschland ein renommiertes Pflaster für internationale Messen. Unternehmen nutzen die Chance, hier einen konzentrierten Marktüberblick zu bekommen. Einerseits stellen die Firmen selbst ihre neuen Waren und Dienstleistungen vor, andererseits schauen sie auch der Konkurrenz über die Schulter. Mehr als zehn Millionen Besucher tummelten sich im vergangenen Jahr auf deutschen Messen.

Auf der Christmas World in Frankfurt wurde die teuerste Christbaumkugel der Welt gezeigt.

Die Düsseldorfer MEDICA hat sich inzwischen weltweit als erste Adresse in ihrer Sparte etabliert. Gleiches gilt für die Internationale Automobilausstellung (IAA) in Frankfurt im Bereich Automobile, die Hannover Messe als international größte Industriemesse sowie die Berliner Internationale Funkausstellung (IFA) auf dem Gebiet der Unterhaltungselektronik.



Zusammen mit der günstigen Konjunkturentwicklung haben die Messekapazitäten der deutschen Messewirtschaft im vergangenen Jahr zu neuen Bestwerten verholfen. *Grafik: Institut der deutschen Wirtschaft*

Weltweit größte Kapazität

Diese vielen Spitzenplätze sind alles andere als ein Zufall. Schließlich bieten die 23 großen deutschen Messestandorte über 2,7 Millionen Quadratmeter Hallenfläche für Ausstellungen aller Art – kein anderes Land kann mit einer größeren Kapazität aufwarten. Zusammen mit der günstigen Konjunkturentwicklung hat dies der deutschen Messewirtschaft im vergangenen Jahr zu neuen Bestwerten verholfen. Im Jahr 2007 zählten die überregionalen Messen in der Bundesrepublik knapp 166.000 Aussteller – 3,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Deren Angebot zog 10,6 Millionen Besucher an – ein Plus von zwei Prozent. Angesichts dieser Zahlen erstaunt es wenig, dass sich die Messebranche hierzulande zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt hat. Allein die Aussteller ließen sich ihren Auftritt im vergangenen Jahr 6,5 Milliarden Euro kosten, die Besucher gaben 3,5 Milliarden Euro aus. Insgesamt sind in Deutschland rund 250.000 Jobs unmittelbar mit dem Messegeschehen verbunden.

Gerade auch für ausländische Unternehmen sind die Produktschauen hierzulande attraktiv: Mit fast 90.000 kam im Jahr 2007 weit über die Hälfte aller Messe-Aussteller aus dem Ausland. Dass davon wiederum gut 60 Prozent in Europa zu Hause sind, ist angesichts der räumlichen Nähe und der engen Marktverflechtungen recht naheliegend. Überraschender mag da schon die starke Präsenz der Asiaten sein – mehr als jeder vierte ausländische Anbieter auf deutschen Messen kam zuletzt aus dem Fernen Osten, während beispielsweise nicht einmal jeder zehnte in Amerika seinen Sitz hat.

Foto: Deutsche Messe

Beeindruckend ist nicht nur die Zahl der ausländischen Besucher auf deutschen Messen, sondern vor allem der Erfolg deutscher Messeveranstalter im Ausland.

Kritischer Blick auf Plagiate

Es liegt aber nicht nur am starken Auftritt von Chinesen und Co., dass hiesige Unternehmer an deren Ständen in jüngster Zeit besonders interessiert stehen blieben. Sie schauen auch deshalb argwöhnisch auf die Auslagen der Konkurrenten aus dem Reich der Mitte, weil die dort beheimateten Firmen es mit dem internationalen Patentschutz oft nicht so genau nehmen. Daher finden sich deutsche Ideen immer wieder in Produkten „Made in China". Manches Plagiat ist dabei für die heimischen Hersteller auf den ersten Blick kaum von ihrem eigenen Original zu unterscheiden. Die Messeaufsicht trägt jedoch dazu bei, dass der Schutz des geistigen Eigentums in Deutschland gewahrt wird – sie wirft als Nachahmer identifizierte Anbieter konsequent hinaus und konfisziert deren Standmaterialien.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Foto: Deutsche Messe

Besucher schon auf dem Gang abholen

Angesichts der großen Zahl der Aussteller und der Besuchermassen gilt die Devise **„Wer verkaufen will, muss auffallen."**

„Kleider machen Leute", nutzt Benedict Meißner von der Messebaufirma Holtmann ein deutsches Sprichwort als Argumentationshilfe. „Wer verkaufen will, muss auffallen und sich von der Konkurrenz positiv abheben." In der Tat, wer als Aussteller auf einer Messe vertreten ist, sollte sich schon frühzeitig mit einer attraktiven Präsentation seines Unternehmens beschäftigen, zumal er in aller Regel nicht weiß, wer rechts und links und gegenüber aufgebaut hat und ihm vielleicht die Schau stiehlt.

Denn bei der mitunter kaum überschaubaren Angebotsvielfalt in den Messegängen entscheiden oft Sekunden, ob ein Besucher einem Stand seine Beachtung schenkt. Gerade Newcomer haben es schwer, wenn sie ihr Debüt als Aussteller auf dem noch ungewohnten Terrain geben. Ein Existenzgründer aus der Kunststofftechnik investierte 20.000 Euro und zwei Monate Arbeit, um auf der Düsseldorfer „K", dem weltgrößten Branchentreff, mit einem 16-Quadratmeter-Stand in Halle 11 dabei zu sein. Als Einzelkämpfer, der einige hundert Mal die Sensoren seines Messgeräts erklärte, mit dem sich beispielsweise problemlos Joghurtbecher aus Kunststoffbahnen stanzen lassen.

Begegnung auf Augenhöhe

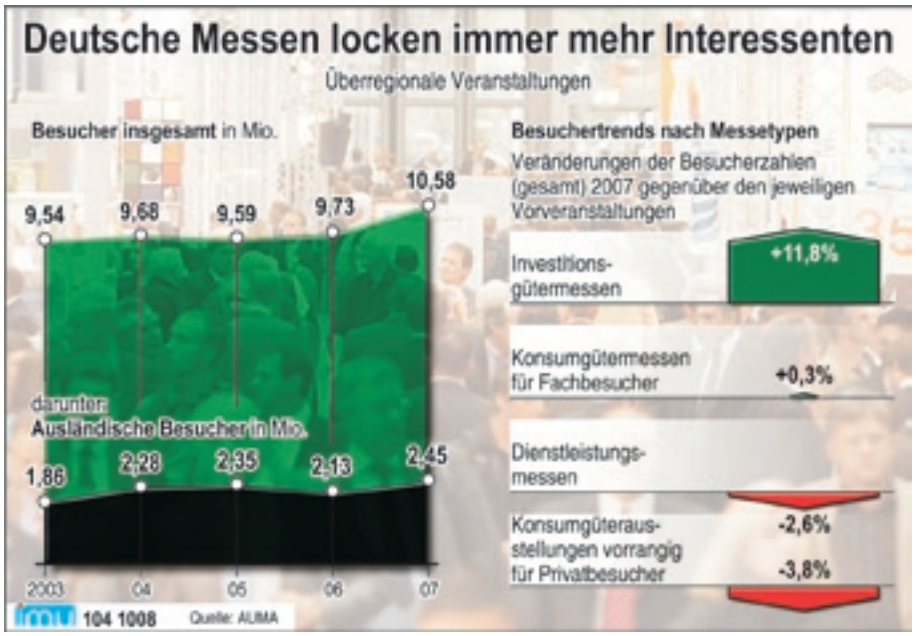
Die optische Präsentation ist indes nur der erste Schritt. Wer erfolgreich sein will, muss dafür sorgen, dass die richtigen Entscheider bei ihm ankommen. Das bedeutet: Aus dem Besucherstrom genau jene Unternehmer herauszufischen, die etwas zu sagen haben und deshalb für zusätzliche Aufträge sorgen könnten. Wenn schon nicht gleich am Messestand, so doch als vielversprechende Kontaktpersonen. Was einfach klingt, fällt doch gerade kleineren Mittelständlern unheimlich schwer.

Der Unternehmensberater Ulf Hofes beobachtet bei seinen Messebesuchen immer wieder, wie passiv sich Firmenmitarbeiter an ihren Ständen verhalten, sich lieber mit ihrem Laptop beschäftigen, als auf Interessenten zuzugehen. Denn: „Der Aussteller sollte dem Besucher auf Augenhöhe begegnen und ihn schon auf dem Gang in Empfang nehmen." Und zwar nicht mit der allseits beliebten Bemerkung „Kann ich Ihnen helfen?", sondern besser gleich mit dem Gespräch beginnen, etwa: „Ich sehe, Sie interessieren sich für unsere neue Maschine. Damit haben unsere Kunden ihre Produktion schon deshalb steigern können, weil sie um 20 Prozent schneller arbeitet als das Vorgängermodell."

Zahl der Kontakte entscheidend

Die regelmäßigen Umfragen der Messegesellschaften, wie viele der Besucher tatsächlich die Kompetenz für eine Kaufentscheidung haben, erleichtern im Vorfeld der Planung, ob eine Beteiligung überhaupt sinnvoll ist. Im Endeffekt läuft es darauf hinaus, was ein Quadratmeter Reihenstand kostet, um theoretisch 1.000 Entscheider zu erreichen. Das können 86 Cent sein, wie bei der Cebit in Hannover, aber auch 25,24 Euro bei der Messe für Textilveredelung in Stuttgart.

Als Eigeninitiative empfiehlt der Experte Hofes die Einladung aller bisherigen Kunden. Und er macht folgende Rechnung auf: „Der Besuch eines B- oder C-Kunden kostet den Vertrieb bis zu 200 Euro. Wer jeweils 20 dieser Kunden pro Tag erfolgreich auf der Messe betreut, kann so täglich rund 4.000 Euro sparen."



Die Messe Nürnberg ist besonders erfolgreich mit Nischenprogrammen abseits der riesigen Messen in Hannover oder Frankfurt.

Mit 154 internationalen Messen, die von rund elf Millionen Menschen besucht wurden, hat Deutschland auch 2008 seine weltweit führende Stellung unterstrichen. Hinzu kommen die vielen kleineren Spezialschauen, die gerade für mittelständische Aussteller hochinteressant sein können. Besonders in Nürnberg ist man mit dem Nischenprogramm erfolgreich, etwa mit der Lackmesse „European Coatings Show", mit der Plattform für Verfahrenstechnik „Powtech" oder der Ökomesse „Biofach", aus der die Naturkosmetik und auch der Biowein noch einmal in eigene Veranstaltungen ausgegliedert werden. „Der Erfolg liegt zunehmend in der Nische", bestätigt der Branchenverband AUMA.

Hw

Günstige Chancen, auf Entscheider zu treffen

Messe	Besucher insgesamt	Entscheider in Prozent	Wichtige Fachbesucher pro 1.000 Entscheider	Preis je m² Stand
Cebit in Hannover	ca. 480.000	49 %	Dienstleister, Behörden Telekommunikation	0,86 Euro
Drupa in Düsseldorf	ca. 400.000	55 %	Drucker, Druckvorbereiter	1,32 Euro
EuroTier in Hannover	ca. 120.000	60 %	Landwirte, Handel, Futtermittel	1,68 Euro
Ambiente in Frankfurt	ca. 150.000	63 %	Groß- und Einzelhändler	1,80 Euro
Interpack in Düsseldorf	ca. 180.000	60 %	Maschinenbauer, Nahrungsmittel-Verarbeiter	1,99 Euro
Internorga in Hamburg	ca. 120.000	48 %	Gastwirte, Hoteliers, Bäcker	2,25 Euro
Medica in Düsseldorf	ca. 140.000	58 %	Klinikverwaltung, Ärzte	2,25 Euro
Photokina in Köln	ca. 160.000	39 %	Dienstleister, Handel	2,29 Euro
Handwerksmesse München	170.000	35 %	Handwerker, Industriefirmen	2,42 Euro
Light+Building in Ffm.	ca. 140.000	57 %	Handwerker, Dienstleister	2,77 Euro
Heimtextil in Frankfurt	ca. 90.000	66 %	Groß- und Einzelhändler	3,00 Euro
ITB in Berlin	ca. 150.000	33 %	Veranstalter, Reisebüros	3,04 Euro
Electronica in München	ca. 80.000	69 %	Halbleiter-Anwender	3,62 Euro
Spoga in Köln	ca. 50.000	71 %	Handel, Industrie	3,85 Euro
Eurobike Friedrichshafen	50.000	47 %	Handel, Industrie	4,74 Euro

ZULIEFERMESSE

Ideale Plattform für Kontakte

Gerade kleine Mittelständler, die sich mit einer sehr spezifischen Produktpalette als Zulieferer für andere Unternehmen verstehen, fühlen sich ziemlich verloren zwischen den großen Konzernen, etwa auf der Industriemesse in Hannover. Einige Ausstellungsgesellschaften haben darauf reagiert und veranstalten parallel zu ihren Leitmessen eine spezielle Plattform für Zulieferfirmen. Mit Erfolg. So machten beispielsweise rund 100.000 Besucher der Hannovermesse einen Abstecher zur zeitgleich stattfindenden „Subcontracting". Ein ähnliches Angebot gibt es in Köln mit der „Prosweet" anlässlich der Internationalen Süßwarenmesse. „Zuliefermessen liegen im Trend, das zeigen die steigenden Besucher- und Ausstellerzahlen", lobt der Ausstellungs- und Messeausschuss der deutschen Wirtschaft (AUMA). Weitere Angebote dieser Art gibt es zum Beispiel

- in Leipzig mit der „Zuliefermesse Z" (zusammen mit der „Intec" für Werkzeug- und Sondermaschinen sowie Fertigungstechnik und der „Rohima" für Faserverbundkunststoffe),
- in Frankfurt/Main mit der „Airtec" (Zuliefermesse für Systeme und Komponenten der Luft- und Raumfahrtindustrie),
- in Karlsruhe mit der „Interpart" für Zulieferer der Fahrzeugindustrie sowie des Maschinen- und Anlagebaus (zusammen mit der Messe „Surfacts" für industrielle Anwendungen der Oberflächenbeschichtung),
- in Bad Salzuflen mit der „ZOW" für Möbelhersteller und -zulieferer, Innenausbauer und Designer.

Bei Geschäftsunterbrechung droht schnell die Pleite

Foto: Pitopia

In der Praxis sieht es mit der Notfallplanung in mittelständischen Betrieben sehr bescheiden aus.

Es muss ja nicht gleich das Schlimmste passieren und der Chef bei einem Autounfall ums Leben kommen. Als 2002 das Elbwasser über die Ufer trat, haben zahlreiche Firmen den Schock nicht überlebt. Was nur wenige Mittelständler wissen: Es gibt inzwischen das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich mit der Verpflichtung, ein Überwachungssystem zur Früherkennung Existenz gefährdender Entwicklungen einzurichten.

In der Praxis sieht es mit der Notfallplanung allerdings eher bescheiden aus. Experten gehen davon aus, dass selbst bei den Großunternehmen erst zehn Prozent ein so genanntes Kontinuitätsmanagement aufgebaut haben, im Mittelstand sind nur wenige Einzelfälle bekannt.

Alle Rezepte im Kopf

Je kleiner der Betrieb, umso größer ist in aller Regel die Abhängigkeit von dem Mann oder der Frau an der Spitze. „Die Chefs kalkulieren allein, schreiben die Angebote, nur sie kennen die PC-Passwörter und die Zahlenkombination für den Safe", weiß Frank Wallau, Geschäftsführer beim Institut für Mittelstandsforschung in Bonn. Er kennt einen Catering-Betrieb, bei dem der Senior alle Rezepte im Kopf hatte: „Als er gestorben war, wusste seine Tochter nicht einmal, wie die Produkte der Firma gemacht werden."

Professor Diethard Simmert von der International School of Management in Dortmund schätzt, dass zwei Drittel aller Unternehmer sterben, ohne ein rechtsgültiges Testament zu hinterlassen. Denn die weit verbreitete Vorstellung, dass der Ehepartner automatisch die Unternehmensführung übernimmt, stimmt leider nicht. Gibt es keine besonderen Regelungen für den Notfall, dann wird den Betroffenen ein Ergänzungspfleger vom Amtsgericht zugewiesen. Das muss nicht unbedingt ein Mitglied der Familie oder eine Person ihres Vertrauens sein.

Vorsorge für den Fall der Fälle

Gerade mittelständische Unternehmer haben oft Schwierigkeiten, Führungsaufgaben zu delegieren, geschweige denn einen wirklich kompetenten Stellvertreter einzuarbeiten. Michael Laban von der Berliner Unternehmensberatung Ecovis weiß nur zu gut, wie Mittelständler ticken: „Sie schneiden alles auf ihre Person zu. Gleichzeitig treffen sie keine Vorsorge für den Fall der Fälle."

JUNG v. MATT

Sparkassen-Finanzgruppe

Ihr Unternehmen soll wachsen?
Wir helfen Ihnen dabei.

Wir sorgen für Aufwind im Mittelstand: Mit ganzheitlichen Finanzierungs- und Beratungslösungen von Existenzgründung, über Expansion auch ins Ausland, bis hin zur Nachfolgeregelung. Infos in Ihrem Sparkassen-Firmenkunden-Center und unter www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

Notfälle, die zu einer Unterbrechung des Firmenbetriebs führen, gibt es viele. Gegen (fast) alle kann man sich versichern oder anderweitige Vorsorge treffen.

Verständlicherweise wird gerade in jungen Jahren das Unfallthema mit allen daraus resultierenden Konsequenzen von Unternehmern gerne verdrängt, obwohl gerade Vielfahrer auf Deutschlands Straßen permanent gefährdet sind. „Im Idealfall sollten sie solche Situationen schon kurz nach der Gründung theoretisch durchspielen", rät Laban. „Was würde eigentlich passieren, wenn ich ausfalle? Könnte das Unternehmen dann weiterlaufen?"

hw

NETZWERK MIT HANDBUCH

Wenn schon kein Prokurist vorhanden ist, der im Notfall die Geschäfte führen kann, so sollte zumindest ein Notfallordner in jedem Chefzimmer greifbar sein. Der enthält einen Vertretungs- und Organisationsplan, wer welche Aufgaben des Chefs übernimmt, und er enthält auch Vollmachten für den Zugriff auf die Firmenkonten und die Geschäftspost. Also eine Liste mit Bankverbindungen, Passwörtern und Geheimnummern, aber auch Kreditvereinbarungen, Gesellschafterverträge, Grundbuchauszüge, und nicht zuletzt das Testament. Mindestens alle zwei Jahre sollte überprüft werden, inwieweit die Angaben noch aktuell sind.

Hilfe könnten Steuerberater und/oder Rechtsanwälte bieten, die längere Zeit für die Firma tätig waren, doch sie müssen auch befugt sein, Auskünfte zu erteilen. Besser: Solche Personen mit dem notwendigen Sachverstand über einen Beirat schon frühzeitig enger an das Unternehmen binden. Das können auch befreundete Kollegen sein, die sich in der Branche auskennen und nicht zu den konkurrierenden Wettbewerbern gehören. Der zuständige Firmenkundenbetreuer der Hausbank und der versierte Berater aus der IHK oder Handwerkskammer könnten ebenfalls zu diesem Kreis zählen. Ein solches Netzwerk schafft langfristig eine Vertrauensbasis, die im Fall der Fälle die Überlebenschancen des Betriebes erheblich verbessert.

Denn: Nach Berechnungen des Instituts für Mittelstandsforschung kommt jede vierte Nachfolge völlig unerwartet. Es betrifft somit jedes Jahr mehr als 18.000 Unternehmen. Und: Acht Prozent der Betriebe, die einen Nachfolger brauchen, überleben den Bruch an der Spitze nicht.

Versicherungen für den Notfall

Es gibt auch Notfälle, die den Chef als eine Art „höhere Gewalt" überraschen. Unwetter mit Sturm, Blitz und Hagel oder wenn der Himmel alle Schleusen öffnet und die Werkshalle unter Wasser setzt. Gerade in diesem Sommer war besonders Süddeutschland mit reichlich Gewitterregen betroffen. Zwar übernimmt die klassische Gebäudeversicherung einen Großteil der Schäden, nicht jedoch bei Überschwemmungen.

Dabei lässt sich auch dieses Risiko mit einem geringen Prämienaufschlag ausräumen. Über den so genannten Elementarschutz wird die Gebäudeversicherung zur wetterfesten Police. Sie schützt dann ebenfalls gegen Überschwemmungen, Erdrutsch, Schnee, Lawinen und sogar gegen Schäden durch Erdbeben. Die Gothaer und die Vereinigte Hannoversche Versicherung (VHV) verlangen nicht einmal eine Selbstbeteiligung, wie sie sonst in der Branche üblich ist. Wer mit Rückstauventilen oder mit Wehrmauern vorsorgt ist, kann durchaus mit einem Rabatt rechnen.

Tarifbeispiele für eine Werkshalle im Wert von einer Million Euro in der vom Hochwasser besonders gefährdeten Zone 3:

Gesellschaft	Gebäudeschutz	Elementarschutz
Gothaer	2.348 €	2.584 €
VHV	2.418 €	2.775 €
Axa	3.359 €	3.789 € *
Interrisk	4.773 €	5.345 € **
Allianz	4.904 €	5.547 € **

* Selbstbeteiligung 5.000 €
** Selbstbeteiligung 10 %

Geregelte Welt nach DIN

In Deutschland ist (fast) alles genormt: Vom „Zoll"-Stock als Metermaß bis hin zum Grabstein.

Spätestens beim Packen von Umzugskartons wundert sich der Mensch, wie sich die vielen großen und kleinen Schachteln, Bücher, Teller und Tassen in einer Art Puzzle zusammenfügen lassen. Dem DIN sei Dank, denn das Kürzel steht für „Deutsches Institut für Normung". Nirgends auf der Welt ist so viel geregelt wie in Deutschland. Obwohl alle fünf Jahre überprüft wird, ob eine Norm noch Sinn macht, bleiben aktuell rund 30.000 DIN-Vorschriften gültig. Vom Schulranzen bis zur Spurbreite des Kinderwagens gibt es exakte Maßangaben, für Schienbeinschützer der Fußballspieler ebenso wie für Grabsteine auf dem Friedhof.

Ohne die DIN 476 zum Beispiel wäre die Arbeit im Büro ein einziges Chaos. Das DIN A4-Blatt ist denn auch das bekannteste Exemplar aus der Sammlung. Seit 1922 gibt es die Papierformate mit den eigentümlichen Abmessungen (A4 = 297 mm lang, 210 mm breit). Der Berliner Ingenieur Walter Porstmann leitete von einem Quadratmeter (A0) alle Größen so ab, dass die jeweils kleinere Einheit immer die Hälfte des Flächeninhalts der größeren aufweist (zwei Blatt A4 ergeben A3). Inzwischen ist diese deutsche Norm in nahezu allen Ländern der Welt Standard (DIN EN ISO 216).

26.000 Experten, 70 Ausschüsse

Neueren Datums und für den internationalen Frachtverkehr unverzichtbar ist die DIN ISO 668. Sie regelt Aufbau, Maße und Gewichte von Containern, die den Welthandel geradezu revolutioniert haben. Dank der ebenfalls genormten Eckbeschläge lassen sich bis zu neun Schichten übereinander stapeln und mehr als 11.000 Stück platzsparend auf den Megafrachtern unterbringen. Und damit der Kapitän und seine Mannschaft beim Landgang in Hamburg wie in Hongkong problemlos an Bargeld kommen, sind auch die Kreditkärtchen für den Einsatz am Bankautomaten genormt.

Das Deutsche Institut für Normung mit Sitz in Berlin, 1917 gegründet, ist ein ehrenamtlicher Verein, der sich als Dienstleister für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft versteht. Seine Mitglieder sind Unternehmen, Verbände und Behörden. Etwa 26.000 Experten bringen in 70 Normenausschüssen ihr Wissen ein. Geht es beispielsweise um eine neue Norm für die Qualität von Altenpflegeheimen, dann sitzen Vertreter aller interessierten Kreise mit am runden Tisch. Vom Immobilienverband bis zur Senioren-Union, die Ärztekammer und die Caritas. Es sind offene Verfahren, die von den Mitarbeitern des DIN lediglich moderiert werden, und die nach mitunter langen Diskussionen fast immer zu einem Ergebnis kommen, mit dem alle Beteiligten leben können.

Normen für die LED

„Normen erbringen einen hohen betriebs- und volkswirtschaftlichen Nutzen, der allein für Deutschland mit rund 16 Milliarden Euro pro Jahr zu Buche schlägt", behaupten die Initiatoren vom DIN. Dass ihnen wegen der permanenten technischen Weiterentwicklung die Arbeit nicht ausgeht, wurde vor zwei Jahren bei einem internationalen Kongress in Berlin deutlich, der sich speziell mit Elektrotechnik und Elektronik beschäftigte. „LED statt Glühbirne" stand auf der Themenliste, wobei neue Sicherheitsnormen für die Strom sparenden Leuchtdioden erarbeitet wurden.

Cw

ZWEIERLEI MASS

Wenn heute nahezu überall auf der Welt das metrische System als Maß aller Dinge anerkannt ist – nur die USA, Myanmar und Liberia leisten sich eine Sonderstellung mit Fuß und Pfund –, so war es doch ein langer Weg, bis diese Einheit gefunden und sich dann auch international durchgesetzt hatte.

Die ägyptischen Baumeister waren die ersten, von denen Längenmaße überliefert sind. Sie orientierten sich am menschlichen Körper. So reichte eine Elle vom Ellbogen bis zur Spitze des Mittelfingers. Später erklärte Karl der Große die Länge seines Schuhs als Fuß zur Einheit. Ihm folgten viele große Herrscher und kleine Regenten und schufen ungezählte Längenmaße – allein in Frankreich waren es um 1790 etwa 700 –, die man nur schwerlich auf einen Nenner bringen konnte.

Erst mit der beginnenden Industrialisierung wurde die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Maßeinheit dringlich. Als Bezugsgröße einigten sich die führenden deutschen Wissenschaftler auf den Erdumfang, gemessen über die Pole, also entsprechend der bereits in der Seefahrt verwendeten Längengrade. Nach sechsjähriger Arbeit mit Sternbeobachtungen und Winkelberechnungen legten die beiden beauftragten Forscher fest: Das Urmeter ist der zehnmillionste Teil des Viertelumfangs der Erde. Die Strecke vom Pol zum Äquator beträgt somit 10.000 Kilometer. Das war ziemlich genau, denn nach neuesten Berechnungen misst der Erdumfang über die Pole 40.008 Kilometer. Auf den Meter bezogen, macht die Abweichung lediglich 0,2 Millimeter aus.

Im angelsächsischen Raum und damit auch im weltumspannenden britischen Kolonialreich hielt man dagegen lange Zeit am so genannten „imperialen System" fest, also an Fuß, Zoll (Inch) und weiteren Längen. Bei Computerbildschirmen oder Fahrradreifen, aber auch bei Rohren und Gewinden, haben sich die Zoll-Maße so fest eingebürgert, dass sie selbst in Deutschland noch üblich sind.

Zeitarbeit

Spezialisten auf Abruf

Ein Drittel erhält im Schnitt einen Arbeitsvertrag bei dem Kunden, an den er vermittelt wurde.

14 Monate hat er gedauert, der längste Arbeitskampf in der Geschichte der Bundesrepublik, und kaum einer hat davon etwas mitbekommen. Deutschlands Einzelhändler reagierten prompt: Als Ersatz für die Streikenden bedienten Zeitarbeiter in den Geschäften.

Gerade mittelständische Unternehmer überbrücken mit ausgeliehenen Arbeitskräften unerwartete Auftragsspitzen. Seit die Bundesregierung 2004 die Einschränkung gestrichen hat, dass Zeitarbeiter eine Stelle nur befristet einnehmen dürfen, hat sich dieses Personalmodell zu einer Boombranche entwickelt. Das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn hat errechnet: 37 Prozent aller Stellen, die in den vergangenen zwei Jahren neu geschaffen wurden, entstanden in der Zeitarbeit. Insgesamt dürften es inzwischen etwa 600.000 sein. Gut 60 Prozent davon werden ins verarbeitende Gewerbe vermittelt, knapp 20 Prozent arbeiten gelegentlich bei Dienstleister-Firmen.

Ingenieure besonders gesucht

„Aufträge wegen Personal-Engpässen abzulehnen, kann sich kaum ein Unternehmer leisten. Das macht die Zeitarbeit als Instrument flexibler Personalplanung so erfolgreich", lobt Thomas Reitz, Geschäftsführer von Manpower Deutschland, einem der größten Zeitarbeitsunternehmen. Und: „Im Durchschnitt erhält ein Drittel der Vermittelten über kurz oder lang einen Arbeitsvertrag bei einem unserer Kunden. Bei besser Qualifizierten liegt die Quote erheblich höher. Unsere Ingenieure erhalten beispielsweise zu 90 Prozent ein Angebot vom jeweiligen Einsatzbetrieb."

Viele Mittelständler nutzen das Angebot, um Mitarbeiter vor einer Festanstellung zu testen und auf diese Weise Fehlbesetzungen zu vermeiden. Ein Personalleiter aus Dresden räumt ein: „Ich habe keine Zeit, Hochschulmarketing zu betreiben. Die von uns beauftragte Agentur macht das sehr professionell und rekrutiert für uns geeignete Kandidaten."

Der personelle Aderlass macht auch den Vermittlern zu schaffen. Helmut Meyer, Vorstandssprecher der GeAT AG in Erfurt mit rund 1.400 Verleihkräften, sagt: „Jeden Monat stellen wir 150 neue Mitarbeiter ein." In den vergangenen zwölf Jahren standen insgesamt 16.400 Leihkräfte zeitweise auf den GeAT-Lohnlisten. Knapp 4.000 wurden von den anfordernden Betrieben übernommen, 3.400 fanden in anderen Unternehmen eine feste Anstellung. Aktuell beträgt der Stundenlohn 6,36 Euro brutto für einen ungelernten Helfer. Aber Meyer ergänzt: „Fachkräfte gehen bei uns auch mal mit 18 bis 22 Euro nach Hause."

Kompetente Lückenbüßer

Gerade bei hoch qualifiziertem Leihpersonal taucht zudem das Problem auf, inwieweit diese Mitarbeiter auf Zeit Einblicke auch in sensible Betriebsdaten bekommen, die sie möglicherweise bei einem konkurrierenden Unternehmen verwenden könnten. Das kann bei einer längeren Beschäftigung zu einer Gratwanderung werden. Zumal sie gegenüber Lieferanten und Kunden durchaus als kompetente Mitarbeiter auftreten sollen.

Zeitarbeiter sind bei einer der rund 4.000 Vermittlungsagenturen angestellt. Sie zahlt ihre Löhne und die Sozialabgaben, regeln den Urlaub. Da die Bedingungen der aus-

gehandelten Tarifverträge mitunter deutlich geringere Vergütungen vorsehen, als sie den festangestellten Kollegen am Einsatzort zustehen, ist dort reichlich Diskussionsstoff vorprogrammiert. Gebetsmühlenartig fordern die Gewerkschaften: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Zumal das Risiko des Arbeitsplatzverlustes ungleich größer sei. In der Tat, wenn der Autobauer BMW 8.000 Stellen abbauen will, trifft es die Zeitarbeiter als Erste.

Aus der Sicht des Unternehmers sieht die Rechnung indes ganz anders aus. Mitunter werden von den Zeitarbeitsfirmen Stundensätze berechnet, die doppelt so hoch sind wie die reinen Lohnkosten der angestellten Belegschaft. Allerdings entfallen aber auch Zahlungen bei Krankheit und im Urlaub, es gibt kein Weihnachtsgeld für Zeitarbeiter oder etwa eine Gewinnbeteiligung. Werden zusätzlich noch die Verwaltungskosten berücksichtigt, dann bleibt dem Chef unterm Strich manchmal sogar ein kleines Plus zu Gunsten der geliehenen Arbeitskraft.

cw

UNBEKANNTE WESEN

Unter mehr als 4.000 Zeitarbeitsfirmen in Deutschland ist es gerade bei der ersten Anforderung nicht einfach, den richtigen Partner zu finden. Die regionale Nähe zum Einsatzort kann da nicht unbedingt das entscheidende Kriterium sein.

- So muss der Disponent, der die Mitarbeiter zuteilt, die Branche gut genug kennen und sich genügend Zeit zur Klärung des Anforderungsprofils nehmen. Eine Besichtigung des Arbeitsplatzes ist nicht ungewöhnlich.
- Bei den vorgelegten Referenzen sollten die erwähnten Firmen möglichst mit dem eigenen Unternehmen vergleichbar sein, sowohl bezüglich der Branche als auch der Größe. Die Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Überlassung von Arbeitnehmern ist Pflicht, Verbandsmitgliedschaft oder eine Zertifizierung der Agentur können positiv eingeschätzt werden.
- Die passgenauen Qualifikationen der gesuchten Mitarbeiter sind wichtiger als die finanziellen Konditionen des Kontrakts. Wer „einen vielfach einsetzbaren Friseur" anbietet, obwohl nach „einem ausgebildeten Installateur" nachgefragt wurde, sollte erst gar keine Chance bekommen. Denn gegenüber seinen Kunden haftet der Unternehmer bei Fremdpersonal wie bei seinen eigenen Leuten.
- Die Haftung des anfordernden Betriebs greift auch, wenn die Zeitarbeitsfirma Insolvenz anmeldet und die fälligen Sozialabgaben für die abgestellten Mitarbeiter nicht entrichtet hat. Es ist also sinnvoll, vorher auch eine Auskunftei wie Creditreform zu konsultieren.
- Bei Unzufriedenheit mit den Leistungen der Leiharbeitskräfte stellen die Anbieter in aller Regel kurzfristig Ersatz. Häufen sich die Fälle, sollte bereits im Vertrag die Möglichkeit der fristlosen Kündigung vereinbart sein.

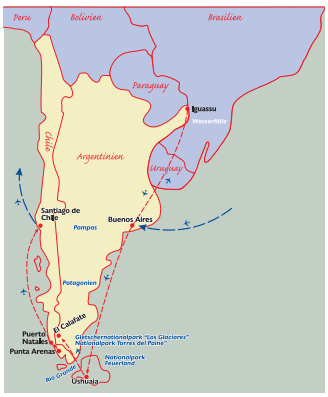
Südamerikas Höhepunkte

Argentinien, Chile und ein bisschen Brasilien
5. bis 22. März 2009

Begleitete Komfort-Fernreise

Buenos Aires – Pampa – Wasserfälle von Iguassu – Ushuaia – Feuerland - Upsala – Patagonien – Torres del Paine - Punta Arenas - Santiago de Chile

Erleben Sie mit uns Argentinien, das zweitgrößte Land Südamerikas, die Wiege des Tangos, die Heimat der Pampa und die endlosen Weiten in Patagonien und Feuerland. Eine Stippvisite führt in das größte Land Südamerikas, Brasilien mit seinen immensen Tropenwäldern und Flusssystemen. Im Süden des Landes von Samba, Fußball und Karneval besuchen wir die Wasserfälle von Iguassu. Chile, das „dünnste" Land mit einer mediterran anmutenden Kulturlandschaft, Seen und Fjorden, vereint klimatische und geografische Extreme: Wüste, Regenwald, ewiges Eis. Und die vorzüglichen chilenischen Weine.



Ihr F&T Reisebegleiter:

Albrecht Feibel
ehemaliger saarländischer Landtags- und Bundestagsabgeordneter, Mitglied der MiT-Saar

Leistungen:

- Transfer zum Flughafen Frankfurt
- Transkontinentalflüge mit TAM Airbus A340 in der Economy-Klasse. Business-Klasse gegen Aufschlag.
- Inlandsflüge mit Aerolineas Argentinas und LAN Chile in der Economy-Klasse
- Sicherheitsgebühren, Landegebühren, Flughafensteuern
- Unterkunft in ausgesuchten ****-Sterne und *****-Sterne Hotels in Doppelzimmer, Einzelzimmer gegen Aufpreis.
- Vollpension während der gesamten Reise: Frühstück, Mehr-Gang-Menü oder Büffet sowie jeweils eine leichtere Mahlzeit pro Tag; an einzelnen Tagen flugplanbedingte Bordverpflegung.
- Tischgetränke während der Mahlzeiten (Wein, Mineralwasser)
- Trinkgelder für die eingeschlossenen Mahlzeiten
- Beförderung in komfortablen Fernreisebussen
- Örtliche deutschsprachige Reiseleitung ab Buenos Aires bis Santiago de Chile
- Reisebegleitung durch Albrecht Feibel
- Alle Besichtigungen und Eintritte laut Reiseverlauf
- Gepäckträgergebühren an den Flughäfen in Argentinien und Chile
- Reiserücktrittskostenversicherung
- Insolvenzversicherung
- Ausführliche Reiseinformationen

Preise:

€ 6.320,– pro Person im Doppelzimmer
€ 1.300,– Einzelzimmer-Zuschlag

€ 2.980,– Aufpreis Business-Klasse-Flüge auf den Transatlantikstrecken

Mindestteilnehmerzahl: 15 Personen
Höchstteilnehmerzahl: 20 Personen

Gerne senden wie Ihnen kostenlos und unverbindlich unseren ausführlichen Prospekt zu.

T&T REISESERVICE FEIBEL&TUILLIER KG
Sulzbachstraße 4 • Am Parkhaus Lampertshof
66111 SAARBRÜCKEN
Telefon (06 81) 38 96 60, Fax (06 81) 3 89 66 55
info@ft-reiseservice.de, www.ft-reiseservice.de

Briefdienste

Noch keine ernsthafte Konkurrenz für die Deutsche Post

Die Schwäche privater Briefdienstanbieter lässt die viel geschmähte Post wieder im Ansehen steigen.

Dass der Postbote zwei Mal klingelt, geschieht eher selten. Zwar ist zum Jahresbeginn das Briefmonopol der Deutschen Post gefallen, doch die private Konkurrenz tut sich schwer. Nach Berechnungen der Bundesnetzagentur hatte sie insgesamt rund 700 Millionen Euro in den Aufbau ihrer Versandgeschäfte investiert, doch der von der Regierungskoalition dann abgesegnete Mindestlohn für Briefzusteller von 9,80 Euro im Westen und von 9,00 Euro in Ostdeutschland zwang selbst Großkonzerne wie den Axel Springer Verlag (Pin-Gruppe) oder die holländische Post (TNT) in die Knie. Die im Paketversand schon recht erfolgreiche Hermes Logistik Gruppe hofft darauf, dass die umstrittene Mindestlohn-Regelung doch noch vom Bundesverwaltungsgericht gekippt wird.

Mindestlohn behindert Wettbewerb

„Wir brauchen ein höchstrichterliches Urteil, das den Mindestlohn in unserer Branche in der beschlossenen Form untersagt", betont Hermes-Chef Hanjo Schneider. „Wenn das kommt, werden wir sofort in allen 13.500 Paketshops auch Briefe annehmen und über unseren Partner TNT zustellen. Dann würde der Verbraucher zum ersten Mal spüren, dass man Briefe günstiger verschicken kann als mit der Post."

Was Schneider besonders ärgert, ist die Zusammenlegung von Brief- und Paketversand bei dem gelben Riesen: „Das ist die Legalisierung der Quersubventionierung. Der Verdacht liegt nahe, dass Verluste aus dem Paketversand hier in Gewinnen der Briefsparte versteckt werden sollen." Nicht von ungefähr verlange die EU-Kommission, dass diese Geschäfte separat betrieben und geführt werden müssen, und sie hat eine entsprechende Untersuchung angekündigt. In der Tat schneidet die Post bei Preisvergleichen im Paketdienst durchweg günstig ab. Doch sie hat sich auch beim Briefversand etwas einfallen lassen, um vor allem die mittelständische Firmenklientel zu behalten.

Neu: der Direktbrief

Denn trotz Fax und Internet scheint vielen Unternehmen der traditionelle Postversand per Brief unverzichtbar. Weil der Aufwand mit Drucken, Kuvertieren und Frankieren pro Exemplar durchaus mit zwei bis vier Euro zu kalkulieren ist, haben größere Firmen diese Korrespondenz oft an externe Dienstleister ausgegliedert. Die Post bietet nun mit dem „Direktbrief" die Versandlösung kostengünstig auch kleinen Firmen an. Ein Mini-Programm

Private lagern keine Post und senden sie beim Umzug auch nicht nach.

wird auf dem PC installiert, die Briefe wie gewohnt auf dem eigenen Rechner geschrieben und über eine datengesicherte Internetverbindung an die Deutsche Post gesendet. Die erledigt den Rest, sichert den Eingang beim Empfänger innerhalb von zwei Tagen zu und berechnet für eine Seite inklusive Porto 69 Cent.

Die verbliebenen privaten Anbieter von Briefdiensten sind vor allem in ihrer Region aktiv. So ist beispielsweise die westfälische Kreishandwerkerschaft Höxter-Warburg eine Kooperation eingegangen mit dem Brief Service Brakel (BSB). Alle Mitglieder haben nun die Möglichkeit, ihre Post zu günstigeren Bedingungen befördern zu lassen, allerdings nur innerhalb des BSB-Zustellungsgebietes. Ähnlich wie bei Kreis- oder Stadtverwaltungen machen solche Aufträge Sinn, wenn die Kunden in einer regional überschaubaren Gegend wohnen.

Der MSG Briefdienst – im Raum Wuppertal/Remscheid tätig – hat sogar eine Nachsendemöglichkeit geschaffen. Das entsprechende Formular kann über die Internet-Adresse heruntergeladen werden. Dieser Service ist indes eher die Ausnahme. Selbst die Lagerung von zur Urlaubszeit nicht zustellbaren Briefen bleibt oft der Initiative örtlicher Zweigstellen überlassen und wird nicht wie bei der Post üblich als Sonderleistung angeboten.

Private gescheitert

Da verwundert es nicht, dass auch wechselwillige Unternehmen lieber bei der Deutschen Post bleiben oder zu ihr zurückgekehrt sind. Die von einigen Verlegern zunächst eingebrachten und später aus der insolventen Pin-Gruppe zurückgekauften Vertriebsgesellschaften werden inzwischen eher für die Verteilung von Anzeigen- und Wochenblättern eingesetzt denn für die Briefzustellung.

Die totale Liberalisierung des Postverkehrs ist nicht nur hierzulande weitgehend gescheitert. Die niederländische Post hat die ebenfalls geplante Freigabe des Briefversands wieder zurückgezogen, Frankreich und Spanien wollen ihre Märkte frühestens 2011 öffnen, andere EU-Staaten erst zwei Jahre später. Die verbliebenen Anbieter in Deutschland setzen jetzt auf die oberste Gerichtsinstanz. Hermes-Chef Schneider: „Wir würden gern im Januar 2009 starten, aber das jetzt zuzusagen, wäre ein Vabanquespiel."

hw

- Anzeige -

Geld früher weg

Die Insolvenzgeldumlage bürdet den Unternehmen ab Januar 2009 neue Lasten auf: Künftig müssen die Beiträge monatlich zusammen mit dem Gesamtsozialversicherungsbeitrag an die Krankenkassen überwiesen werden. Bisher waren diese Abgaben meist erst im Folgejahr fällig. Betroffen sind alle Betriebe mit Ausnahme des öffentlichen Dienstes und privater Haushalte. Dies hat auch Auswirkungen auf die Finanzkraft Ihres Unternehmens. Sprechen Sie mit Ihrem Steuerberater, er hilft bei der Umstellung – auf Basis der bewährten DATEV-Lohnsoftware. DATEV eG, 90329 Nürnberg. www.datev.de

DATEV

KOMMENTAR

Privat vor Staat?

Privat vor Staat ist für einen überzeugten Marktwirtschaftler ganz gewiss auch heute noch ein eherner und unverrückbarer Glaubensgrundsatz. Allerdings nicht um jeden Preis. Gerade in diesen unsicheren Zeiten des globalen Finanzchrashs gerät unser bis dato fester Glaube an die heilende Kraft der Marktes, an die Durchsetzungsfähigkeit des Wettbewerbs und die Triebkraft der Wertschöpfung leicht ins Wanken.

Das gilt auch für eine Reihe von Privatisierungen und Liberalisierungen der letzten Jahre, von denen allenfalls die Aufhebung des Telefonmonopols überzeugt und zu spür- und messbaren Verbesserungen bei gleichzeitigen Innovationen und Preisnachlässen geführt hat.

Eher enttäuschend ist die Entwicklung auf dem Strommarkt, wenig überzeugend das Hickhack bei der Abfallbeseitigung und ebenso unbefriedigend die Lage bei der Bahn, der teilprivatisierten. Hier waren und sind viele private Anbieter den Erwartungen an Pünktlichkeit, Preisgestaltung und Komfort einfach nicht gewachsen. In manchen Regionen wünscht man sich sehnlichst die vormals so ungeliebte alte (Staats-)Bahn zurück und nun die Briefpost.

Wir wollen der Gelben Post nicht vorhalten, dass sie offenbar manchmal den Zeiten eines Herrn von Stephan nachtrauert, aber was machen die Privaten besser? Gut, sie sind billiger, etwas, aber dafür in ihren Leistungen und Angeboten intransparent und rückständig. Sie sind (noch) auf kleine Inseln in den Ballungsgebieten beschränkt, schlecht vernetzt und miserabel im Service.

Private lagern keine Post und senden sie bei einem Umzug nicht nach, sie kassieren keine Nachnahmen, übernehmen keine Einschreiben und ermitteln auch nicht die neuen Anschriften verzogener Adressaten. Sie haben (noch) keine Annahmestellen, keine Briefkästen und keine Anlaufstellen. Auf dem flachen Land weiß man nur deswegen von ihnen, weil man hin und wieder morgens mit der Zeitung einen Brief des Finanzamtes findet, der Gemeinde oder irgend einer anderen Behörde. Und wenn man urlaubsbedingt die Zeitung abbestellt, kommen die Briefe trotzdem weiter und füllen den Briefkasten – unerbeten und unwillkommen.

Und so lange das so ist, werden die Privaten kein Bein an Deck bekommen, ob mit oder ohne Mindestlohn, der einigen offenbar eine willkommene Ausstiegschance aus einem Investment bot, mit dem man das schnelle Geld erwartet hatte.

Günter Kohl

Mahnbescheide
nur noch maschinell lesbar einreichen

Rechtsanwälte und registrierte Inkassodienstleister dürfen aufgrund einer Änderung der Zivilprozessordnung Mahnbescheidsanträge ab dem 1.12.2008 nur noch in maschinell lesbarer Form einreichen. Die bekannten „bunten" Vordrucke sind dann für Rechtsanwälte und Inkassodienstleister tabu. Ein dennoch mit dem Vordruck gestellter Antrag wäre zurückzuweisen. Härtefallregelungen oder Ausnahmen sieht das Gesetz nicht vor. Ein Fehler kann damit gerade zu Verjährungsstichtagen fatale Folgen haben.

Die „elektronische Übermittlung" kann auf verschiedene Weisen erfolgen:
Über das Webportal www.online-mahnantrag.de können die Daten des Mahnbescheidsantrags in einem Barcode-Verfahren erfasst werden. Die erstellte Datei wird in einem Barcode verschlüsselt, der vom Gericht ausgelesen werden kann.

Neben der Datenerstellung über das Webportal können auch die Dateien mit einer zugelassenen Software erstellt und anschließend über das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) verschickt werden. Diese Möglichkeit ist insbesondere für Antragsteller mit einem größeren Antragsaufkommen empfehlenswert. Im Gegensatz zu den anderen Möglichkeiten bietet der elektronische Datenaustausch die Möglichkeit, Verfahrensnachrichten des Gerichts in elektronischer Form zu erhalten. Es findet also eine schnelle und direkte Kommunikation mit dem Mahngericht über das EGVP statt.
Sollte das Internet als Kommunikationsweg nicht zur Verfügung stehen, kann der elektronische Datenaustausch auch per Diskette erfolgen.
Info: www.mahngerichte.de

LG München sagt „Plagiaten" den Kampf an

In einem aktuellen Urteil hat das Landgericht München dem Importeur chinesischer Geländewagen Marke „Shuanghuan CEO" untersagt, im „geschäftlichen Verkehr in Deutschland" Fahrzeuge anzubieten, die eine Kopie des BMW X 5 darstellen. Darüber hinaus hat das Gericht die Vernichtung aller Fahrzeuge „mit einem bestimmten Aussehen", die sich noch im Besitz des Importeurs befinden, angeordnet.

Zur Begründung, so der Münchner Rechtsanwalt Michael A. Leipold von der Deutschen Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft e.V., habe das Gericht ausgeführt, dass „das Aussehen des chinesischen Geländewagens „Shuanghuan CEO" eine Kopie des BMW X 5 darstelle. Damit sei gegen marken- und geschmacksmusterrechtliche Ansprüche des bayerischen Autoherstellers verstoßen worden. Zudem, so Leipold, habe das Gericht die Verpflichtung zur Zahlung von Schadensersatz festgestellt und den Importeur zur Auskunftserteilung über den Verkauf der bisher ausgelieferten Fahrzeuge verpflichtet.

Die größte Signalwirkung, auch für die Hersteller oder Importeure anderer Plagiate, dürfte jedoch die Anordnung des Gerichts sein, dass alle Fahrzeuge, die dem BMW X 5 nachgemacht sind, vernichtet und verschrottet werden müssen. Zahlreiche andere europäische Hersteller von Waren und Gütern leiden ebenfalls unter der „Plagiatflut" insbesondere aus asiatischen Ländern. Daher kommt dem Urteil der Münchner Richter eine besondere Bedeutung zu, auch wenn das Urteil noch nicht rechtskräftig ist.

Erbvertrag bietet Rechtssicherheit für Erblasser und Erben

Jahr für Jahr werden mehr als 200 Milliarden Euro vererbt oder verschenkt. Angesichts der ständig wachsenden Vermögenswerte wird es für viele Erblasser und Erben immer wichtiger, das Erbe rechtssicher oder bei übernommenen Gegenleistungen durch die Erben auch unwiderruflich zu regeln.

Hierzu bietet sich insbesondere die Form des sogenannten „Erbvertrages" an, weiß der Stuttgarter Fachanwalt für Erbrecht Michael Henn. Er ist Vizepräsident der Deutschen Anwalts-, Notar- und Steuerberatervereinigung für Erb- und Familienrecht e. V. (DANSEF). In einem Erbvertrag können im Gegensatz zum „einseitigen" Testament die Rechtsbeziehungen zwischen Erblasser und Erben umfassend und rechtssicher geregelt werden.

Während Testamente nach ihrer Errichtung, bei Ehegattentestamenten durch beide Ehegatten, jederzeit wieder geändert oder aufgehoben werden können, ist ein vor dem Notar geschlossener Erbvertrag grundsätzlich unwiderruflich. Etwas anderes gilt nur, wenn in dem Vertrag etwaige Rücktrittsrechte vereinbart wurden, etwa für den Fall, dass der Erbe übernommenen Gegenleistungen nicht nachkommt. Andererseits bietet der Erbvertrag insbesondere den Erben, die im Hinblick auf die zu erwartende Erbschaft umfangreiche Pflege- oder Versorgungsleistungen übernehmen, die Rechtssicherheit, dass sie eines Tages auch tatsächlich Erben werden. Sie können nicht durch ein „hinter dem Rücken" errichtetes neues Testament wieder enterbt werden.

Auch wenn durch den Abschluss des Erbvertrages vor einem Notar die Rechtssicherheit des Vertrages als solcher gewährleistet ist, heißt dies jedoch nicht, dass alle Beteiligten auch vor etwaigen möglichen Überraschungen gefeit sind. Insbesondere bei größerem Vermögen, dazu zählt auch schon Haus- und Grundbesitz, sollte jeder der Beteiligten sich zunächst von seinem eigenen Berater rechtlich beraten lassen, um sich über die Auswirkungen aller vereinbarten Klauseln auch im Klaren zu sein.

Info: www.dansef.de – Hier finden Sie auch bundesweit mehr als 700 auf Erb- und Familienrecht spezialisierte Anwälte und Steuerberater.

Blick über Lima, Peru / Foto: Martin Steffen
Spendenkonto 345
Bank im Bistum Essen
BLZ 360 602 95
GOTT WOHNT IN IHRER MITTE
[vgl. Offb 21,3]
Adveniat – Ihre Hilfe für die Menschen in Lateinamerika
www.adveniat.de
ADVENIAT

RECHT IM GESPRÄCH

Wolf-Dietrich Bartsch,
Rechtsanwalt und Notar,
stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen dabei ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand wie die Vertragsverhältnissse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, Klarheit in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten.

***Aber Achtung:** Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Unser Leser Gernot N. aus Wuppertal fragt nach den Möglichkeiten, einem gewerblichen Mieter zu kündigen, der Monat für Monat die Miete mindert. Grundsätzlich ist es ausreichend für eine Kündigung, dass der Mieter mit mehr als einer Monatsmiete in Verzug ist. Aber aufgepasst: Voraussetzung ist, dass sich der Rückstand aus zwei aufeinander folgenden Monatsmieten ergibt (§ 543 Abs. 2 Nr. 3 a BGB).

Mindert der Mieter also Monat für Monat die Miete zum Beispiel um 25%, so ist eine Kündigung mit der Begründung, der Mieter sei mit einem nicht unerheblichen Teil der Miete in Verzug, nicht rechtlich durchsetzbar. Dies hat der Bundesgerichtshof in einem Urteil vom 23.07.2008 noch einmal bestätigt.

Dem Vermieter bleibt neben dem Zahlungsanspruch dann nur eine Kündigung aus wichtigem Grund. Hierfür hat er aber zuvor den Mieter in Verzug zu setzen und abzumahnen.

Im Rahmen der Diskussion um die Erbschaftssteuerreform ging es immer wieder um die Frage, ob es sinnvoll ist, bereits jetzt Vermögensbestandteile als Schenkungen oder im Wege der vorweggenommenen Erbfolge auf die Kinder zu übertragen. Bei Firmen geschieht dies nicht selten durch die Übertragung von Kommanditanteilen an eine KG oder GmbH & Co. KG.

Unsere Leserin Anette F. aus Wismar hat dabei in der Familie das Problem, dass die Kinder noch minderjährig sind. Die sich daraus ergebende Problemstellung wird in Rechtsprechung und Literatur unterschiedlich diskutiert. So hat das Oberlandesgericht Frankfurt a.M. in diesem Jahr entschieden, dass die Übertragung bereits voll eingezahlter Kommanditanteile der familiengerichtlichen Genehmigung bedarf. Der seinerzeit beurkundende Notar sah das noch anders.

Das OLG verweist in seiner Begründung aber auf die Schutzbedürftigkeit der minderjährigen Kinder. Die Beteiligung an einer Kommanditgesellschaft bringt neben Rechten auch Pflichten mit sich. Dazu gehören auch gesellschaftsrechtliche Treuepflichten. Bei einer reinen Kapitalhaftung, wie zum Beispiel bei der GmbH mag das anders aussehen.

Im Ergebnis muss also immer sehr genau geprüft werden, ob bei der Schenkung nicht noch ein Dritter in Gestalt des Familiengerichts „mit am Tisch sitzt". Es ist zu bedenken, dass die Genehmigungsbedürftigkeit zum einen ein Zeitfaktor bei der Abwicklung des Vertrages und zum anderen auch ein Risikofaktor ist. Das Gericht wird sehr genau den Vertrag aus Sicht des Minderjährigen prüfen und kann auch einmal eine Genehmigung verweigern.

Schreiben Sie uns: E-Mail: rechtsfragen@mitmagazin.com

ERHARD-ZITATE

Das ist das Unbequeme an einer konsequenten Politik, dass sie nach beiden Seiten gilt! Der Unternehmer, der bereit ist, Gewinne zu machen, muss selbstverständlich auch den Mut haben, Verluste hinzunehmen – dafür ist er Unternehmer!

*

Wenn man mich nun fragt, wie ich mir die ideale bzw. idealtypische Beziehung zwischen den Teilnehmern am Wirtschaftsprozeß und dem Staat und seiner Regierung vorstelle, dann darf ich wiederholen ... : Ich kann den Mittelstand nicht anders verstehen – und nur auf dieser Grundlage bekenne ich mich zum Mittelstand –, als dass er diejenige Schicht von Menschen umfasst und umfassen will, die aus eigener Verantwortung und jeder für sich selbst kraft eigener Leistung seine Existenz sicherzustellen bereit ist.

*

Die ‚Qualitäten', die der Mittelstand als Wert herausstellen muss, sind: Die Selbstverantwortlichkeit für das eigene Schicksal, die Selbständigkeit der Existenz, der Mut, aus eigener Leistung zu bestehen und sich in einer freien Gesellschaft, einer freien Welt behaupten zu wollen. Alles, was Sie von dieser Freiheit, von diesem Mut zum Leben, von dem Wert der Selbständigkeit und der Individualität der Leistung wegnehmen, wird nicht zu einer Stütze für den Mittelstand, sondern zu einem Schlag gegen den Mittelstand... Wenn gerade in diesen Schichten unseres Volkes der Mut, aus eigener Kraft bestehen zu wollen, durch die eigene Leistung sich zu bewahren, verlorengeht, dann bleibt von dem Mittelstand wirklich nichts anderes übrig als eine Schicht von Menschen, die Schutz verlangen, um etwas besser leben zu können als andere. Aber damit wäre auch der ethische Wert des Mittelstandes verlorengegangen.

Quelle: ‚Die Soziale Marktwirtschaft. Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz.' Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Berlin 2007. ISBN 978-3-00-023130-8

AKTUELLE URTEILE

Der Kommanditist und seine persönliche Haftung

BGH; Urteil vom 05.05.2008; II ZR 105/07

Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Frage der persönlichen Haftung des Kommanditisten einer KG verfestigt sich. Aktuell hatte der BGH einen Fall zu entscheiden, in dem ein Kommanditist eine Kommanditeinlage von 100.000,-- DM und ein Agio von 5.000,-- DM geleistet hatte. Aufgrund durchgängig negativer Jahresergebnisse befanden sich die Kapitalkonten im Soll. Trotzdem wurden Beträge an die Kommanditisten ausgeschüttet. Die KG verlangte nun den ausgezahlten Betrag in voller Höhe zurück. In zweiter Instanz hatte das Landgericht die Klage in Höhe des eingezahlten Agios abgewiesen, da die Ausschüttung insoweit haftungsunschädlich gewesen sei.

Der BGH sah dieses anders. Jede Ausschüttung an den Kommanditisten ist danach haftungsbegründend, wenn dadurch der Kapitalanteil des Kommanditisten unter den Betrag seiner Haftsumme sinkt. Dies war hier der Fall, da die Kapitalkonten schon vor der Auszahlung im Soll waren. Auf das Agio kommt es demnach nicht an. Die Haftung des Kommanditisten ist im Umfang der an ihn geleisteten Zahlung wieder aufgelebt.

Die Ehe als Irrtum oder: Im Irrtum über die Ehe ?

OLG München; Beschluss vom 07.05.2008; 31 Wx 12/08

Manch einer möchte es am liebsten nicht mehr wahrhaben, dass er seinen Ehepartner vor langer Zeit geehelicht hat. So lag auch der Fall, den das Oberlandesgericht München zu entscheiden hatte. Ein Rentner gab im Jahre 2006 in seinem notariellen Testament an, dass er nicht verheiratet sei und setzte eine andere Person zur Erbin ein. Dabei bestand die Ehe mit seiner Frau tatsächlich schon seit 1961. Man lebte jedoch in getrennten Wohnungen - aber im selben Gebäude.

Die Ehefrau ließ nach dem Tod des Ehemanns das Testament anwaltlich anfechten und beantragte einen Erbschein zu ihren Gunsten. Sie begründete ihr Vorgehen damit, dass der Ehemann offensichtlich über den Bestand der Ehe im Irrtum gewesen sei. Durch drei Instanzen unterlag sie mit dieser Argumentation. Das OLG stellte fest, dass ihr der Nachweis für einen Irrtum auf Seiten des Ehemanns nicht gelungen sei. Die unzutreffende Angabe des Familienstands bei dem Notar ist kein Beweis für eine etwaige Unkenntnis von der bestehenden Ehe. Dies kann auch Ausdruck der Distanzierung des verstorbenen Ehemannes von seiner Ehefrau gewesen sein. Immerhin hat es keine tatsächliche Lebensgemeinschaft mehr gegeben.

„Eigentum verpflichtet“ im neuen Licht

VG Arnsberg; Beschluss vom 09.05.2008; 3 L 336/08

Nachdem ein Vermieter eine Wohnung vermietet hatte, stellte sich heraus, dass seine neuen Mieter so genannte „Messis“ waren. Die Wohnung wurde total verschmutzt: geöffnete Konservendosen, ungespültes Geschirr und unzähliger Unrat stapelten sich in der Wohnung. Die Matratzen waren mit Exkrementen verdreckt. Fliegen und Maden fühlten sich in der Wohnung wohl.

Die Stadtverwaltung forderte vergeblich die Mieter auf, für eine Reinigung zu sorgen. Finanziell war dies den Mietern jedoch nicht möglich. Inzwischen konnte nur ein Spezialunternehmen für eine adäquate Reinigung sorgen. Die Stadtverwaltung nahm daher jetzt den Eigentümer auf Reinigung in Anspruch.

Der Eigentümer wehrte sich gegen den Bescheid der Verwaltung, verlor aber mit seinen Anträgen vor dem Verwaltungsgericht Arnsberg. Insbesondere bei hohen Temperaturen besteht eine Gefahr für die Gesundheit anderer Personen. Bei einer solchen Gefahrenlage kann aus Gründen der Effektivität auch der Eigentümer als Zustandsstörer anstelle des Mieters (Handlungsstörer) durch die Behörde in Anspruch genommen werden, befand das Gericht.

Der Architekt haftet nicht nur für Baufortschritt

OLG Saarbrücken; Urteil vom 15.05.2008; 8 U 119/07

Viele Bauherren vereinbaren eine Zahlung nach Baufortschritt. Nicht selten verlangen die Kreditinstitute vor der Auszahlung der nächsten Rate eine Baufortschrittsanzeige durch den beratenden Architekten des Bauherrn.

Das Oberlandesgericht Saarbrücken musste sich mit einem Fall befassen, in dem das Architektenbüro Baufortschrittsanzeigen abgegeben hatte, die zu einer entsprechenden Auszahlung führten. Tatsächlich war der Bautenstand aber noch nicht so weit. Das OLG nahm einen konkludent abgeschlossenen Auskunftsvertrag zwischen Architekt und Bank an. Wenn der Architekt diesen Vertrag dann nicht sorgfältig erfüllt, kann er von dem Kreditinstitut auf Schadensersatz in Anspruch genommen werden.

Geladene Pistole aus dem Nachttisch gestohlen

VG Wiesbaden, Az 6 K 777/08)

Wer seine Ersparnisse statt auf dem Konto eines Geldinstituts lieber unter dem Bett im Schlafzimmer deponiert, riskiert nicht weniger als bei einem Bankenkrach den Totalverlust des Geldes, wenn etwa Einbrecher das heimische Versteck ausfindig machen. Lassen die Langfinger dabei gleich noch eine Pistole mitgehen, die zur Abwehr eines solchen Überfalls munitioniert und schussbereit im unverschlossenen Schubfach des Nachttischs daneben lag, dürfen die Behörden zusätzlich den Waffenschein des Geschädigten einziehen, berichtet die telefonische Rechtsberatung der Deutschen Anwaltshotline. So jedenfalls hat es jetzt das Verwaltungsgericht Wiesbaden im Falle eines Rheingäuers entschieden, dem das Malheur passiert war (Az. 6 K 777/08).

Nachdem der um die Waffe gebrachte Mann den Diebstahl der Polizei gemeldet hatte, verlangte das dafür zuständige Kreisamt die Rückgabe seiner Waffenbesitzkarte. Ein Waffenschein dürfe nach den strengen deutschen Vorschriften nur demjenigen erteilt werden, der die erforderliche Zuverlässigkeit besitzt. Dafür müsse die Waffen stets sorgfältig verwahrt werden. „Dass die gestohlene Pistole mit 13 Patronen geladen und damit schussbereit war, rechtfertigt zweifellos die Annahme einer prinzipiellen Unzuverlässigkeit des Waffenbesitzers“, hieß es.

BÜCHER

Die besten Zitate der Politiker
Peter Köhler
Broschur, 328 Seiten, 9,90 Euro
Humboldt, ISBN 978-3-89994-192-0

Von Merkels „Die Mitte ist rechts von links“, Schröders „Hol mir mal ’ne Flasche Bier“, Mandelas „Mein Leben ist Kampf“ und Wowereits „Ich bin schwul, und das ist gut so“ bis hin zu Fischers „Journalisten sind nichts anderes als Fünf-Mark-Nutten“: Dieses Buch ist eine echte Fundgrube der besten Politikersprüche, die nicht nur den Personen zugeordnet werden, sondern in den meisten Fällen auch mit Tag und Datum sowie dem Kontext belegt sind.

Chef aus Passion
Martin Zenhäusern
Gebunden, 206 Seiten, 29,90 Euro
Orell Füssli Verlag, ISBN 978-3-280-05294-5

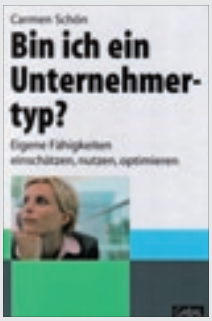
Viele Unternehmen haben sich dem Kampf um Talente verschrieben. Dieser „War for Talents“ wird nur allzu oft als Heilmittel für die Sicherung des wirtschaftlichen Überlebens betrachtet. Der Autor gibt Denkanstöße und Impulse. Er zeigt, wie Chefs sich kontinuierlich weiterentwickeln können – in allen wesentlichen Berufs- und Lebenslagen. Die vielen Beispiele aus Wirtschaft, Politik und Kultur inspirieren dazu, die vorhandenen Potenziale voll auszuschöpfen.

Das Tahiti-Projekt
Dirk C. Fleck
Gebunden, 344 Seiten, 19,90 Euro
Pendo Verlag, 978-3-86612-155-3

Deutschland im Jahr 2022. Das Land steht kurz vor einem Bürgerkrieg, der Rest der Welt droht in einem Chaos aus natürlichen und von Menschen verursachten Katastrophen unterzugehen. Vor diesem Hintergrund ist es an dem Journalisten Cording, Tahiti und vielleicht sogar die ganze Welt zu retten. Ein Öko-Science-Thriller mit einem Gegenmodell zu unserer heutigen Welt.

Briefe schreiben leicht gemacht
Kartoniert, 318 Seiten, 9,95 Euro
Dudenverlag, ISBN 978-3-411-05632-3
Wer Briefe und E-Mails gut und richtig schreiben möchte, muss nicht nur Rechtschreibung und Grammatik beherrschen – auch inhaltliche, formale und stilistische Gestaltungsregeln spielen eine wichtige Rolle. In der Reihe „... leicht gemacht“ ist dieser kompakte Ratgeber erschienen. Er bietet viele Tipps zu Inhalt, Form und Stil von Briefen sowie zahlreiche Anleitungen und Musterschreiben.

Bin ich ein Unternehmertyp?
Carmen Schön
Hardcover, 160 Seiten, 17,90 Euro
Gabal Verlag, ISBN 978-3-89749-861-7



Existenzgründungen sind derzeit stark im Kommen. Aber leider schafft es nicht jeder, den Traum von der Selbstständigkeit erfolgreich umzusetzen. Einer der Hauptgründe dafür sind falsche Vorstellungen von den Qualitäten und Anlagen, die einen Unternehmer ausmachen. Die Autorin geht darauf sehr dezidiert ein, zumal sie weiß, worüber sie schreibt: Sie war TV-Moderatorin bei RTL, Justitiarin bei MobilCom, Mitgründerin von freenet.de und Vorstandsmitglied im Bund Junger Unternehmer.

Wie führe ich meinen Chef?
Gabriele Stöger
Broschiert, 218 Seiten, 18,- Euro
Orell Füssli Verlag, ISBN 978-3-280-05280-8

Bei seinem Erscheinen löste das Buch unter Angestellten eine Welle der Erleichterung aus: Endlich versteht mich jemand! Die Rezepte der Autorin haben sich inzwischen vielfach in der Praxis bewährt und missliebige Chefs in umgängliche Zeitgenossen verwandelt. Jetzt gibt es den Klassiker in einer komplett aktualisierten und überarbeiteten Ausgabe.

Rezepte für Manager
Wilfried Pesch
Gebunden, 160 Seiten, 22,90 Euro
Deutscher Managerverband
ISBN 978-3-7281-3181-2

Das Buch bietet Rezepte in zweierlei Hinsicht: Zum einen im Sinne von Empfehlungen eines erfahrenen Praktikers für den Management-Alltag, zum anderen auf kulinarischer Ebene. Passend zu sämtlichen Geschäftsprozessen (z.B. Führung, Personalwesen, Innovation, Produktion) serviert der Autor dem Leser seine Menüvorschläge: zum Kapitel „Management-Moden“ die Lammkeule, zum Thema „Betriebsrat“ Grillgemüse ...

Kleine Hotels Deutschland
Broschur, 336 Seiten, 330 Hotels, 19,95 Euro
Christian Verlag
ISBN 978-3-88472-807-9

Auf einer Reise durch Deutschlands Städte und Landschaften lässt sich immer wieder Neues entdecken. Die überarbeitete und aktualisierte Auflage von „Kleine Hotels mit Charme Deutschland“ hilft Individualreisenden bei der Suche nach Wohn-Geheimtipps quer durch die Bundes-

länder. Alle Hotels werden ausführlich und persönlich beschrieben und mit Farbfotos dargestellt. Die Tester geben auch Tipps zu speziellen Restaurants und Ausflügen.

Bulgarien entdecken
Broschur, 448 Seiten, 16,95 Euro
Zahlreiche Fotos, Karten und Stadtpläne
Trescher Verlag, ISBN 978-3-89794-047-5

Bulgarien, EU-Aufnahmekandidat mit zur Zeit verschlechterten Chancen, gilt in touristischer Hinsicht nach wie vor als weitgehend unerschlossen. Die steigenden Besucherzahlen gehen fast ausschließlich auf das Konto der Schwarzmeerküste. Bulgarien im Umbruch: Nicht überall wird der Besucher westeuropäischen Komfort vorfinden, doch das reizvolle Land und seine gastfreundlichen Bewohner bieten alle Voraussetzungen für einen beeindruckenden Urlaub.

Wörterbuch Wirtschaftsenglisch
Gebunden, 1008 Seiten, 29,90 Euro
Cornelsen Verlag, ISBN 978-3-589-24054-8

Wer wusste schon vor wenigen Wochen, was „bailout" oder „mortgage" heisst, wer kannte sich mit solchen Begriffen rund um „real estate" schon aus? Die amerikanische Immobilien- und weltweite Finanzkrise hat uns so manches gelehrt, und da war und ist ein gutes Wörterbuch für spezielles Wirtschaftsenglisch mitunter ganz nützlich.

Wirtschaft Krise 2010
Fred Harrison
Gebunden, 299 Seiten, 24,90 Euro
Wiley Verlag
ISBN 978-3-527-50387-2

Eine der Hauptfunktionen von Regierungen ist es, die wirtschaftliche Stabilität zu sichern, damit Unternehmer und Hauseigentümer mit genügend Vertrauen sparen und investieren können. Zehn Jahre bevor die Rezession in den 1990er Jahren stattfand, sagte der Autor sie bereits voraus. Im August 2005 behauptete er, dass innerhalb von maximal drei Jahren weltweit die Immobilienblase platzen würde. Sein Zukunftsszenario für 2010 sieht nun – nach einem beachtlich unspektakulären 18-Jahres-Zyklus – eine weltweite, von einem Kollaps der Verbrauchernachfrage getriebene Rezession voraus.

Die Verselbstständigung des Computers
Broschur, 192 Seiten,28,00 Euro
vdf Hochschulverlag Zürich
ISBN 978-3-7281-3173-7

Computer dringen in immer mehr Lebens- und Wirtschaftsbereiche ein, und sie agieren zunehmend selbstständiger. Tiefgreifende Auswirkungen für die Gesellschaft und die Wirtschaft sind die Folge. Dieser Sammelband macht das Phänomen Verselbstständigung des Computers in seiner Natur und seinen Erscheinungsformen für interessierte Laien anhand vieler Beispiele fassbar und nachvollziehbar.

Praxis Bildungscontrolling
Rolf Meier
Gebunden, 300 Seiten, 79,00 Euro
Gabal Verlag
ISBN 978-3-89749-740-5

Wie erfolgreich ist eine Qualifizierungsmaßnahme? Wie wirkt sich Weiterbildung ganz konkret auf die tägliche Arbeit und den Unternehmenserfolg aus? In Zeiten drastischer Einsparungen gewinnt die Erfolgskontrolle von Fortbildungsmaßnahmen immer mehr an Bedeutung. Wie aber lässt sich der Nutzen von Schulungen transparent und überzeugend belegen? Das Buch gibt auf diese und andere Fragen eine Menge Antworten.

111 Steuertipps für Kleinbetriebe
Peter Eller
Broschur, 147 Seiten, 14,90 Euro
Bund Verlag, ISBN 978-3-7663-3845-7

Viele Freiberufler und Inhaber kleiner Unternehmen schöpfen ihre Steuerpotenziale nicht aus. Häufig fehlt es am notwendigen Wissen um die aktuelle Rechtslage. Hinzu kommt, dass die Unterstützung durch den Steuerberater oft nicht ausreicht, denn als Mandanten bringen sie zu wenig Umsatz. Die aktualisierte Ausgabe der 111 Steuertipps schließt diese Beratungslücke.

Klardeutsch
Markus Reiter
Gebunden, 232 Seiten, 19,90 Euro
Carl Hanser Verlag, ISBN 978-3-446-41396-2

Sprache entsteht im Gehirn. Wer erfolgreich kommunizieren will, muss wissen, was dort vor sich geht, wenn wir reden, zuhören, lesen. Neuro-Rhetorik zeigt, wie man die meisten Erkenntnisse der Hirnforschung für den persönlichen Kommunikationserfolg einsetzt. Der Leser lernt, Reden zu halten und Texte zu schreiben, die im Gehirn der Zuhörer und Leser die Neuronen zum Feuern bringen.

Der Mann im weiblichen Jahrhundert
Susanne Kleinhenz
Gebunden, 250 Seiten, 29,90 Euro
Gabal Verlag, ISBN 978-3-89749-850-1

Genug gekämpft: Wie können wir mit den veränderten Geschlechterrollen umgehen und den Wandel – beruflich wie privat – positiv gestalten? Jenseits des Geschlechterkampfes und der Besserwisserei: Nur wenn wir einander besser verstehen – verstehen wollen –, können wir uns zum Wohle aller gegenseitig unterstützen. Die Autorin, Trainerin für Kommunikation und Leadership, möchte die Leser ihres Buches auf eine veränderte Zukunft vorbereiten.

Mittelstandspolitik

Seit 1. November können Unternehmer mit nur einem symbolischen Euro eine Kapitalgesellschaft gründen. Die mit der nun in Kraft getretenen **GmbH-Reform** neu eingeführte haftungsbeschränkte „Unternehmergesellschaft" (UG) ist als Einstiegsvariante zur klassischen GmbH gedacht und soll eine Alternative zur britischen Limited (Ltd.) bieten, auf die in den letzten Jahren immer mehr Kleinbetriebe im Dienstleistungssektor ausgewichen sind. Im Gegenzug dürfen Gewinne aber nicht voll ausgeschüttet werden, sondern wandern teilweise in eine Rücklage, bis das Mindeststammkapital von 25.000 Euro der normalen GmbH erreicht ist. Auch Eintragungen ins Handelsregister sollen nach der Novelle durch elektronische Abwicklung deutlich schneller möglich sein. Bei einfachen Standardgründungen hilft zudem ein Musterprotokoll. Die Wirtschaftsverbände bedauerten, dass es hier allerdings entgegen ursprünglicher Pläne der Regierung beim zwingenden notariellen Beistand bleibt.

Ein anderes, seit langem vom Mittelstand eingefordertes Regelwerk tritt zum Jahreswechsel in Kraft. Ab 1.1.2009 gilt das neue **Forderungssicherungsgesetz**, das eine Reihe von baurechtlich bedeutenden Änderungen zur besseren Sicherung und Durchsetzung von Werklohnforderungen enthält. Die Baubranche musste in den vergangenen Jahren Zahlungsausfälle in Milliardenhöhe verkraften. Besonders betroffen waren kleine und mittlere Handwerksbetriebe, bei denen die Ausstände regelmäßig zu außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und vielen Insolvenzen führten. Helfen soll nun ein einklagbarer Anspruch auf Stellung einer Sicherheit für den vollen Werklohnanspruch. Ansonsten hat der Bauunternehmer künftig die Wahl, ob er die geschuldete Leistung verweigert oder sogar den Vertrag kündigt. Dann wird zu seinen Gunsten angenommen, dass ihm ein Schadenersatzanspruch in Höhe von mindestens 5 Prozent der Vergütung für den noch nicht erbrachten Teil der Leistung zusteht. Zudem wird die Verweigerung von Abschlagzahlungen erschwert und dem Besteller steht ein Zurückbehaltungsrecht in der Regel nur noch in Höhe des Doppelten, nicht mehr des Dreifachen der zu erwartenden Mängelbeseitigungskosten zu. Um bisherige Probleme von mittelständischen Subunternehmern zu lindern, wird deren Vergütung in Zukunft fällig, wenn der Auftraggeber seinerseits vom Bauherrn Geld erhalten hat oder das Werk bereits abgenommen wurde. Zur Auskunft darüber kann der Subunternehmer eine Frist setzen, nach deren tatenlosem Verstreichen ebenfalls gezahlt werden muss.

Auf sich warten lässt hingegen das **Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz** (BilMoG). Der ursprüngliche Termin 1. Januar 2009 ist nach Ansicht der großen Koalition wegen noch offener Detailfragen nicht zu halten. Zudem hätten bereits jetzt zahlreiche Unternehmen darüber geklagt, dass sie für die Umstellung ihrer Buchführungssysteme viel mehr Zeit bräuchten. Mit dem BilMoG soll die deutsche Rechnungslegung u.a. durch Beseitigung zahlreicher Wahlrechte modernisiert und zu einer dauerhaft vollwertigen Alternative gegenüber den internationalen IFRS-Standards weiterentwickelt werden. Fachleute kritisieren, dass durch die Pläne Handels- und Steuerbilanz weiter auseinanderdriften, was dem Mittelstand eine Einheitsbilanz mit steuerlicher Überleitungsrechnung erschweren würde. Abstand genommen hat der Regierungsentwurf bereits von der im Vorfeld diskutierten Zulassung eines befreienden Jahresabschlusses nach IFRS und dem Anliegen des Bundesrates, Personenhandelsgesellschaften von der Buchführungs- und Bilanzierungspflicht zu befreien. Vermutlich wird die Reform erst Anfang 2010 in Kraft treten. Die mit dem Gesetz ebenfalls umzusetzende EU-Abschlussprüferrichtlinie soll aber in jedem Fall bereits 2009 greifen.

Die Pläne des Bundesfinanzministers, Firmeninhabern den bisherigen **Vorsteuerabzug** für teilweise auch privat genutzte Pkw zu halbieren und im Gegenzug die Besteuerung der Privatfahrten abzuschaffen, sind vom Tisch. Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der Unionsbundestagsfraktion hatte diese Verschärfung im Jahressteuergesetz 2009 seit Monaten scharf kritisiert. Die Regelung hätte zu einer willkürlichen Zusatzbelastung vieler Unternehmer geführt. Insbesondere Kleinbetriebe und Existenzgründer, die sich nur ein Fahrzeug leisten können, wären betroffen gewesen. PKM-Chef Dr. Michael Fuchs, MdB, begrüßte das späte Einlenken der SPD. In der jetzigen schwierigen Lage der Automobilindustrie wäre alles andere unverantwortlich gewesen und hätte die Maßnahmen im Wachstumspaket konterkariert. Der Verkauf von Firmenfahrzeugen ist traditionell ein bedeutender Absatzmarkt deutscher Autobauer.

Seit wenigen Wochen bietet die KfW-Mittelstandsbank ein neues Förderprogramm für Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit an. Sie übernimmt bis zu 3.600 Euro für Beratungsleistungen und Expertenhilfe, die in den ersten zwölf Monaten nach der Firmentaufe in Anspruch genommen werden. Anträge für das **„Gründercoaching Deutschland"** können bei den örtlichen IHKs, Handwerkskammern und Wirtschaftsfördereinrichtungen gestellt werden.
www.kfw-mittelstandsbank.de

Deutsche Anbieter energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen können jetzt über ein neues englischsprachiges Internetportal der **„Exportinitiative Energieeffizienz"** von potenziellen Geschäftspartnern aus der ganzen Welt recherchiert werden. Die Aufnahme des Firmenprofils in die Online-Datenbank des Bundeswirtschaftsministeriums ist kostenfrei.
www.efficiency-from-germany.info

kss

ANZEIGE

MittelstandsMagazin

Informationen und Forum für Mittelstand, Wirtschaft und Management

Unseren Lesern verpflichtet –
und Ludwig Erhard

- aktuell und informativ
- hintergründig
- meinungsfreudig
- zielgruppenorientiert

Unsere Leser:
mehr als 100.000* Entscheider aus Mittelstand, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden – nah dran und mitten drin.

www.mitmagazin.com **E-Mail: info@ mitmagazin.com**

* Das MittelstandsMagazin erscheint zehnmal im Jahr.
Auflage: 40.500 pro Ausgabe,
durchschnittliche Leserzahl pro Exemplar: 2,5 lt. Leserstrukturanalyse

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Mit Optimismus in die Zukunft

Ein Wundermittel gibt es nicht, um die gefährlichste Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg abzuwenden. Dies verkündete der Bundeswirtschaftsminister bei einem Besuch der MIT Calw-Freudenstadt. Den Unternehmern riet Glos jedoch, den Optimismus nicht zu verlieren. Denn für diesen gebe es keine Alternative. Die Begegnung mit der MIT Freudenstadt-Calw hatte beim Naturkosmetik-Hersteller Börlind begonnen, wo er neben Geschäftsführer Michael Lindner unter anderem auch den MIT-Vorsitzenden Ulrich Kallfass und den Bundestagsabgeordneten Hans-Joachim Fuchtel traf. Im Anschluss stellte sich Glos in Calw einer Diskussion mit über 180 mittelständischen Unternehmern und Handwerkern, um die er sich in solchen Krisenzeiten besondere Sorgen mache. Denn in der Regel träfen Schlingerkurse nicht die Großen, sondern die kleinen Zulieferer. Vieles werde sich jedoch wieder hin zur Normalität zurückentwickeln, zeigte sich der Wirtschaftsminister zuversichtlich.

Bundeswirtschaftsminister zu Besuch beim Mittelstand im Nordschwarzwald (v.l.n.r.): Hans-Joachim Fuchtel, Michael Glos, Ulrich Kallfass und Privatdozent Dr. Johannes Lichius (Leiter Forschung und Entwicklung bei Börlind).

MIT auf der IAA in Hannover

Auf der Internationalen Automobil-Ausstellung wurde eine Weltneuheit präsentiert: der Transporter „Aerobox“ mit einem aerodynamisch optimierten Integralaufbau aus dem Hause des Fahrzeugwerks Spier. Um den Betrieb und das Leistungsprogramm besser kennenzulernen, folgten Gäste und Mitglieder des MIT-Stadtverbandes Steinheim-Nieheim-Marienmünster gern der Einladung, den Messestand des Fahrzeugwerks Spier aus Steinheim/Westfalen auf der IAA Nutzfahrzeuge in Hannover zu besuchen. Die Firma Spier, die 1872 als Stellmacherei gegründet wurde, fertigt heute mit ihren 260 Mitarbeitern als führender Anbieter kundenorientierte Aufbauten, Ausbauten und Anhänger zum Transport von Trockenfracht und Frischdienst. Der MIT-Stadtverband konnte sogar vier Gäste der Besuchergruppe als Neumitglieder gewinnen.

Jürgen Spier (3.v.l.) und Mitglieder der MIT Steinheim-Nieheim-Marienmünster vor der auf der IAA präsentierten Weltneuheit Aerobox.

Gesundheitsfonds – Auswirkungen für Ärzte

Der Gesundheitsbereich ist mit 4,4 Millionen Beschäftigten ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Deutschland mit erheblichem Wachstumspotential. Welche Konsequenzen die Einführung des Gesundheitsfonds ab 2009 für diesen Wachstumsmarkt und für den Praxisbetrieb von Ärzten hat, diskutierte die MIT in Berlin Lichtenberg gemeinsam mit dem Vorsitzenden der MIT-Bundeskommission Gesundheitspolitik, Dr. Rolf Koschorrek, MdB, und dem Geschäftsführer der Barmer-Ersatzkasse Hermann Schmitt. Auf der Veranstaltung wurde deutlich, dass die Konzepte von CDU und SPD für eine grundlegende Gesundheitsreform sich nicht nur unterscheiden, sondern absolut konträr zueinander stehen. Dr. Koschorrek MdB, einziger niedergelassener Arzt im Deutschen Bundestag, machte deutlich, dass die Union auf mehr Eigenverantwortung und das besondere Verhältnis zwischen Arzt und Patienten setzt. Die SPD hingegen wolle das gesamte System kollektivistisch reorganisieren hin zu einer sinnentleerten Gleichmacherei. Der CDU sei es jedoch in den Verhandlungen gelungen, wenn auch nicht alle, so aber doch wesentliche Aspekte ihres gesundheitspolitischen Programms in Abgrenzung vom SPD-geführten Bundesgesundheitsministerium durchzusetzen.

Mittelstand diskutiert zur Gesundheitsreform (v.l.n.r.): Dr. Jens Schick (Geschäftsführer des Sana-Klinikums), Hermann Schmitt, Dr. Rolf Koschorrek MdB und MIT-Kreisvorsitzender Andreé Reschke.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT Braunschweig

Die bisherige Landesvorsitzende der MIT Braunschweig, Sabine Kleinke, wurde einstimmig für weitere zwei Jahre in ihrem Amt bestätigt. Gerald Aßmann, Siegrun Fuchs und Hubert Pflaum wurden zu stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Stefan Neugebauer wurde zum Landessprecher ernannt. Als Beisitzer arbeiten erneut Holger Bormann, Jens-Peter Drube und Renate Hübner mit.

MIT Rheinland-Pfalz

Der 49. Landestag der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU Rheinland-Pfalz hat den MIT-Landesvorsitzenden, Josef A. Geyer, einstimmig in seinem Amt bestätigt. Der Ludwigshafener Unternehmer führt die rheinland-pfälzische MIT nun seit 10 Jahren. Zu seinen Stellvertretern wurden Günter Schöneberg, und Gereon Haumann gewählt.

Die neu gewählte Spitze der MIT Rheinland-Pfalz (v.l.n.r.): Gereon Haumann, Josef A. Geyer und Günter Schöneberg.

MIT Heidenheim

Der Heidenheimer Rechtsanwalt Dr. Stephan Bauer wurde einstimmig im Amt als Kreisvorsitzender der MIT Heidenheim bestätigt. Als Stellvertreter wurden Steffen Saretz und Michael Kolb gewählt. Letzterer übernimmt in Personalunion auch das Amt des Finanzreferenten. Im Amt des Schriftführers und Pressereferenten wurde Oliver Briel bestätigt. Als Beisitzer verstärken Bernd Hieber sowie Josef-Magnus Reinhard den Vorstand.

MIT Nienburg

Der 47-jährige Landtagsabgeordnete und Schornsteinfegermeister Karsten Heineking ist neuer Kreisvorsitzender der MIT Nienburg. Er ist Nachfolger des am 22. August verstorbenen langjährigen Vorsitzenden Willi Heineking. Den neuen Vorstand der MIT Nienburg bilden Gunter Rahlfs und Willi Ötting als stellvertretende Kreisvorsitzende, Hermann Obst als Kreisschatzmeister und Susanne Schlüter. Die MIT Nienburg - ein Verband mit nahezu 150 Mitgliedern - gilt als einer der Aktivposten innerhalb der MIT Niedersachsen.

MIT Wolfenbüttel

Heinz Dieter Eßmann wurde erneut zum Vorsitzenden der MIT Wolfenbüttel gewählt. Als Stellvertreter stehen ihm Wolfgang Gürtler und Holger Bormann zur Seite. Geschäftsführer wurde Gerald Aßmann. Andreas Höfener wurde als Schriftführer und Hans-Georg Felderhoff als Schatzmeister benannt. Neue Beisitzer sind Florian Rehm und Manfred Koch.

MIT Frankenthal

Lucas Spiegel wurde bei der Mitgliederversammlung der MIT Frankenthal erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt. Der neue MIT-Vorstand Frankenthal hat sich viel vorgenommen. Für 2009 ist bereits eine Politikfahrt nach Berlin geplant (v.l.n.r.) Daniel Kühner, Norbert Bentz, Lucas Spiegel, Heiner Graf, Klaus Frankenbach, Richard Koppenhöfe und Robert Grasse.

MIT im Vorstand der IHK Bodensee-Oberschwaben gut vertreten

Die Mitglieder der IHK Bodensee-Oberschwaben haben Heinrich Grieshaber zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Ihm steht zukünftig ein neu gewähltes Präsidium mit sechs Vizepräsidenten zur Seite. Zu ihnen gehört MIT-Mitglied und Mitglied der AG Arbeitsmarktreform des MIT-Bundesvorstands, Anne Schmieder.

Foto (IHK):

MIT im neuen IHK-Präsidium vertreten: An der Seite des neuen Präsidenten Heinrich Grieshaber (4.v.l.) steht als Vizepräsidentin zukünftig MIT-Mitglied Anne Schmieder (5.v.l.).

MIT Emstek neu gegründet

Alexander Prox heißt der Gründungsvorsitzende des MIT Stadtverbandes Emstek im Kreisverband Cloppenburg. Als Stellvertreter wurden Thomas Kolbeck, Stefan Knopp und Ingo Behrens gewählt. Als Beisitzer verstärken den Vorstand zukünftig Bernard Sieverding, Susanne Eberlei, Egon Bregen und Norbert Kuhn. Die Wahlleitung hatte der Bundestagsabgeordnete Franz-Josef Holzenkamp übernommen. Mit 42 Neuaufnahmen kann der neue Stadtverband sofort eine überzeugende Arbeit aufnehmen. An der Gründungsversammlung nahmen der Bundesvorsitzende und niedersächsische MIT-Landesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann und MIT-Bundesvorstandsmitglied und MIT-Landesvorsitzender Oldenburg, Werner Lübbe, teil.

Foto: Thomas Vorwerk

Foto (v.l.n.r.): Werner Lübbe, Franz-Josef Holzenkamp MdB, Alexander Prox, Dr. Josef Schlarmann und Heinz Steenken.

Mittelständler in Chile

Santiago de Chile war Schauplatz für die Lateinamerika-Konferenz der Deutschen Wirtschaft unter dem Motto „Innovation - Technologie - Nachhaltigkeit“. Die Konferenz ist die wichtigste Veranstaltung der Lateinamerika-Initiative der Deutschen Wirtschaft getragen von BDI, BdB, BGA, DIHK und LAV. Vor rund 200 Teilnehmern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik betonte die chilenische Staatspräsidentin Michelle Bachelet das große Potenzial einer engeren Zusammenarbeit mit Deutschland. Begleitet wurde die Lateinamerika-Konferenz von der deutschen Leistungsschau ExpoAlemania. Der niedersächsische Wirtschaftsminister Walter Hirche eröffnete die Messe gemeinsam mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und stellvertretenden MIT-Bundesvorsitzenden, Hartmut Schauerte. Auf der ExpoAlemania präsentierten sich in diesem Jahr 160 deutsche Aussteller. Im Rahmen eines niedersächsischen Gemeinschaftsstandes stellten sich zahlreiche Unternehmen aus Niedersachen vor. U.a. Delia Schinkel-Fleitmann, Mitglied im MIT-Bundesvorstand und Geschäftsführerin der Labotect Labor-Technik-Göttingen GmbH repräsentierte an diesem Stand den deutschen Mittelstand in Chile.

Mittelstand im internationalen Austausch: Dr. Alejandro Alvarez (Vorstand AHK-Chile), Walter Hirche, Delia Schinkel-Fleitmann, Staatssekretär Hartmut Schauerte, MdB, und Minister Hugo Lavodes (Außenminister Chile).

MIT Hamburg mal klassisch

Die MIT Hamburg lud Mitglieder und Freunde zu einem besonderen Kulturtag ein. Diesmal ging es in die Hamburgische Staatsoper. Der Blick hinter die Kulissen begeisterte die Gäste. So bekam man Einblick in den Chorprobensaal, den Ballettübungssaal und den Orchesterprobensaal sowie die hauseigene Schneiderei. Dem Besuch schloss sich ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der Staatsoper, Detlef Meierjohann, an.

MIT RHEINLAND-PFALZ HÄLT KURS

Auf dem diesjährigen Landestag der MIT Rheinland-Pfalz bekräftigten die Delegierten ihren klaren Kurs zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Die Belastung der Mittelschicht mit Steuern und Abgaben ist deutlich zu hoch. Damit werde Selbstverantwortung und persönliche Handlungsfreiheit elementar eingeschränkt und Leistungswille gehemmt. Die gegenwärtige Finanzkrise ist nach Auffassung der MIT nicht der Sozialen Marktwirtschaft anzulasten und kein Grund zu neuem staatlichen Interventionismus in der Politik. Insbesondere der MIT-Landesvorsitzende Josef A. Geyer erinnerte daran, dass in Deutschland in erster Linie Banken in Staatshand in dramatische Schieflagen geraten seien. Zugleich verabschiedete der MIT–Landestag einmütig die „Mainzer Erklärung“ zur Erbschaftsteuer.

Schülerunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern

Erstmals in 2003 eröffnete der stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende Mathias Stinnes als Schirmherr und Sponsor an der Borwin Schule in Rostock einen durch die heutige Schulleiterin Dr. Christine Wolk initiierten Wettbewerb „Schülerunternehmer“. Die Qualität der erstellten Konzepte war begeisternd und gab Anlass, weitere Unternehmer zu gewinnen, die in gleicher Weise bereit sind, dieses Projekt auch persönlich zu begleiten und zu unterstützen. Ziel ist es, möglichst viele Schulen und Unternehmer in Mecklenburg-Vorpommern in dieses Projekt einzubeziehen. Heute ist das Projekt insbesondere durch die Unterstützung von vielen engagierten Lehrern, Schülern und Eltern zu einem großen Erfolg geworden. Das Programm hat nach fünf Jahren bereits mit 35 Schulklassen, über 1.000 Schülern und 15 Unternehmen zusammengearbeitet.

NRW-Mittelstand zu Besuch in Bremen

Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur dominierten die vom Vorsitzenden Michael Darda vorbereitete dreitägige Fahrt der MIT Neukirchen-Vluyn nach Bremen. Ein Höhepunkt war der Empfang der 48-köpfigen Reisegruppe im Rathaus der Stadt Bremen durch den ehemaligen Bürgermeister und jetzigen Fraktionsvorsitzenden der CDU Bremen, Thomas Röwekamp.

Zu Freunden kommt man nicht mit leeren Händen: Michael Darda (2.v.l.) und der stellv. Bürgermeister von Neukirchen Vlyn, Kurt Best (4.v.l.), überreichen Thomas Röwekamp (3.v.l.) und J. Conrad Rogge (1.v.l.) ein Gastgeschenk in der Güldenkammer des Rathauses.

Sozialsystem nicht finanzierbar

Die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Sicherung der Sozialsysteme werde von der Bevölkerung weitgehend falsch verstanden. Dabei sind die Sozialsysteme in ihrer jetzigen Form auf Dauer nicht finanzierbar. Zur Sicherung der Zukunft nachfolgender Generationen und der Vermeidung immer neuer Schulden wollte die CDU Hessen entsprechende Maßnahmen ergreifen. Diese seien angesichts der hessischen Wahlergebnisse aber offensichtlich nicht hinreichend erklärt worden, resümierte der hessische Innenminister Volker Bouffier bei einer Veranstaltung der MIT Fulda. Er sagte: „Zur Klarheit des Denkens gehört auch die Klarheit der Botschaft. Wir leben in einer Gesellschaft der 7-Sekunden-Botschaften", so der Innenminister. Dadurch sei es schwer, komplizierte Sachverhalte differenziert darzustellen und den Menschen zu vermitteln.

Im Brauhaus lässt es sich gut diskutieren: Innenminister Bouffier mit Dietmar Bähr (Präsidium MIT-Osthessen), Manfred Helfrich (Bürgermeister Poppenhausen Rhön) und Gerd Robanus.

Mittelstand und Bildungspolitik

Die Hauptschule soll nicht sterben, vielmehr müssen die Inhalte der Ausbildung in dieser Schulform deutlich verbessert werden. Das betonte die niedersächsische Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann bei der MIT Wolfsburg. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen nach Auffassung der Kultusministerin die Zahl der Schulabbrecher reduziert und die Quote der Hochschulanwärter erhöht werden. Der Einladung des MIT-Kreisvorsitzenden Armin Ring waren auch Oberbürgermeister Rolf Schnellecke sowie die beiden Landtagsabgeordneten Ingrid Klopp und Angelika Jahns gefolgt.

Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (r.) zu Besuch bei der MIT Wolfsburg

Europa in Theorie und Praxis

Bürokratieabbau und Kostenentlastung müssen auf europäischer Ebene noch nachhaltiger praktiziert werden, um Forschung und Innovation auch für mittelständische Unternehmen noch attraktiver zu gestalten. Daher sollten die Zulassungskosten für neu entwickelte Produkte gesenkt und Produkte unbürokratisch europaweit anerkannt werden, wenn sie bereits in mindestens sechs von 27 EU-Staaten anerkannt wurden. Diese und weitere Forderungen standen auf der Agenda der diesjährigen Bezirkstagung der MIT Nordbaden. Der Einladung des Bezirksvorsitzenden Gregor Wick waren neben vielen MIT-Mitgliedern auch der Heidelberger Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner und als Hauptredner Daniel Caspary, MdEP, gefolgt. Letzterer nahm sich insbesondere der Frage an, welche Folgen durch die Ablehnung des EU-Vertrages durch Irland entstehen könnten.

Man war sich einig – Europa muss noch mittelstandsfreundlicher gestaltet werden (v.l.n.r.): Stadtrat Dr. Jan Gradel, Dr. Eckart Würzner, Daniel Caspary MdEP, Gregor Wick, Herbert Dechant und Peter Veit.

Mehr privat – weniger Staat?

Anstelle von Intervention braucht Deutschland wieder mehr Wettbewerb, anstelle von Regulierung wieder mehr Flexibilität. Klare, für jeden erkennbare Zuständigkeitsgrenzen von Staat und Individuum müssen die staatliche Zwangsumklammerung des Einzelnen ablösen. Daher sind die staatlichen Leistungen zu optimieren und der Staat wieder auf seine Kernaufgaben zu beschränken. Zu diesem Fazit kam die MIT Mannheim bei einem Diskussionsabend mit dem baden-württembergischen Justizminister Prof. Dr. Ulrich Goll. Der stellvertretende MIT-Kreisvorsitzende Herbert Dechant moderierte den Abend und zeigte sich erfreut über die lebhaft geführten Debatten.

BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

zum CDU-Parteitag vom 1. bis 2. Dezember in Stuttgart fuhren die Delegierten der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU gut gerüstet. Diesmal waren es so viele wie noch nie: 325 der rund 1.000 Delegierten gehörten der MIT an. Bereits auf den Regionalkonferenzen in Göttingen und Mannheim hatten die MIT-Kreisvorsitzenden gemeinsam mit dem MIT-Bundesvorstand ihre Positionen erarbeitet. Einig war man sich schnell über die zentrale Kernforderung: Die Union muss die bürgerliche Mitte wieder in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen.

Die Menschen in der Mitte werden heute vom deutschen Steuer- und Abgabensystem erheblich benachteiligt. Sie sind die Verlierer in einer Debatte, welche sich in den zurückliegenden Jahren auf die sozialen Extreme kapriziert hat. Hartz-IV-Empfänger stehen im Fokus, die Mittelschicht wird an den Rand gedrängt. Das ist eine schiefe Schlachtordnung, in der wir keine Wahlen gewinnen können. Deutschland braucht eine Politik, die die Mitte wieder als das millionenfach Normale begreift. Aufgabe einer Politik der Mitte ist es insbesondere, die leistungsfeindliche Wirkung des Steuerrechts zu korrigieren. Leistung und Einsatzbereitschaft müssen sich wieder lohnen. Das ist das A und O einer Politik, die der Union gut zu Gesicht stünde.

Die CDU Deutschlands richtete in Vorbereitung auf den CDU-Bundesparteitag eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des CDU-Generalsekretärs Ronald Pofalla ein, in die auch unser Bundesvorsitzender Josef Schlarmann berufen wurde. Ergebnis war ein Antrag an den CDU-Bundesparteitag „Die Mitte. Deutschlands Stärke.", der die Mittelschicht und den Mittelstand wieder dorthin rückt, wo er hingehört: in die Mitte und nicht an den Rand der Politik!

Auch mit eigenständigen Anträgen brachte sich die MIT erfolgreich auf dem CDU-Bundesparteitag ein. So setzte sie sich gegen die weitere Verschärfung der Antidiskriminierungsrichtlinie auf EU-Ebene und gegen ein staatlich verordnetes Zwangs-CSR ein, forderte eine stärkere Berücksichtigung der Deutschen Sprache durch europäische Institutionen sowie die unbefristete Wiedereinführung der degressiven AfA und sprach sich für eine Novellierung des Aktienrechts aus. Zudem brachte sie gemeinsam mit dem Wirtschaftsrat Anträge zur Energiepolitik ein.

Da diese Ausgabe des Mittelstands-Magazins pünktlich zum CDU-Parteitag erschien, kann ich Ihnen leider noch nicht sagen, wie er verlief. Fortsetzung folgt. An dieser Stelle.

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag und Redaktion
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefon: 04305 / 992 995
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

Parlamentsredaktion
Karl-Sebastian Schulte (kss)
Telefon: 0 30/75 70 91 70, Telefax: 03212 / 103 39 25
E-Mail: kss@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
BilderBox

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: bk@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Nielsen II, V, VII
Verlagsvertretung Getz,
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09
Nielsen III a, III b, IV
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20
Nielsen I, VI
MSM Medienservice Meins,
Telefon: 04102 / 3 15 78 , Fax 04102 / 3 15 38
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. 1. 2008

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 31,– € incl. 7 % Mehrwertsteuer.
Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr. Von Rückfragen bitten wir abzusehen.
ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

IVW geprüft

Leserreise

Kreuzfahrt mit dem 3-Sterne-plus-Schiff COLUMBUS rund um Großbritannien*

vom 13. bis 26. August 2009

Cuxhaven • London/England • St. Peter Port/Guernsey • Fowey/England • Dublin/Irland • Greenock/Schottland • Kirkwall/Orkney Inseln • Invergordon/Schottland • Leith (Edinburgh)/Schottland • Cuxhaven

Zum Auftakt Ihrer Reise öffnet London, die majestätische Hauptstadt an der Themse, die Tore seiner Sehenswürdigkeiten wie Tower oder Westminster Abbey. Geheimnisvoll wird es beim Besuch der mystischen Steine von Stonehenge. Mitten im Golf von Saint-Malo treffen Sie dann auf ein kleines Stück England: Guernsey mit seiner hinreißenden Landschaft. Von Fowey ganz im Südwesten Englands können Sie einen Abstecher zum außergewöhnlichen Eden-Projekt unternehmen. Auch die irische Hauptstadt Dublin zeigt sich von ihrer schönsten Seite, bevor Sie Schottland mit seinen uralten Burgen, historischen Schlössern, seinen unberührten Highlands und tiefen Seen wie Loch Ness erreichen. Ganz hoch im Norden können Sie auf den Orkney Inseln jahrtausendealte Zeugnisse menschlicher Besiedlung wie den Ring of Brodgar und das Steinzeitdorf Skara Brae entdecken. Kommen Sie an Bord – die grüne Insel wird auch Sie begeistern.
Auf dieser Kreuzfahrt begleitet Sie ein Fernsehteam der täglichen Unterhaltungssendung „ARD-Buffet". Rund um die Themen Kochen, Garten und Gesundheit gestalten die beliebten TV-Moderatoren ein abwechslungsreiches Programm.

Enthaltene Leistungen:
• Kreuzfahrt in der gebuchten Kategorie • Derzeit geltender Treibstoffanteil • Hafengebühren • Vollpension an Bord • Tischwein und Softdrinks beim Mittag- und Abendessen • Vorträge und alle Veranstaltungen an Bord • Begleitung durch ein „ARD-Buffet"-Team • Exklusives „ARD-Buffet"-Programm an Bord • Benutzung der meisten Bordeinrichtungen • Lektorate durch Prof. W. Herzogenrath, Direktor der Kunsthalle Bremen • Betreuung durch kompetente und erfahrene Reiseleiter während der Landausflüge • TUI LT Special Tours-Reiseleitung an Bord • Reiserücktrittskostenversicherung • Insolvenzversicherung

Reisepreis pro Person ab/bis Cuxhaven

in einer Zweibettkabine, innen	ab **€ 2.786**
in einer Zweibettkabine, außen	ab **€ 3.436**

* lt. Berlitz Cruise Guide 2009

Gerne senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich unseren ausführlichen Prospekt zu.
Rufen Sie noch heute an! **Ihre Leserreisen-Hotline: 04 21 - 322 68 80**
Montag bis Freitag von 8.00 bis 20.00 Uhr und Samstag von 8.00 bis 14.00 Uhr

TUI Leisure Travel Special Tours
Wachtstraße 17–24
28195 Bremen
Fax 04 21 - 3 22 68 38

Ihr Unternehmen
wird jetzt noch **PRODUKTIVER**

sind Sie mit der DATEV-Software für Unternehmen. Denn sie verbindet Ihre betrieblichen Abläufe und bietet eine perfekte Basis für die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Ihrem steuerlichen Berater.

DATEV-Software ermöglicht durchgängige Prozesse im Unternehmen. Warenwirtschaft, Rechnungswesen, Personalwirtschaft, Office-Management – alles aus einer Hand. Und weil Sie sich dabei immer auf Ihren Steuerberater verlassen können, profitieren Sie auch von seinem betriebswirtschaftlichen und steuerrechtlichen Know-how. Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater oder unter der Telefonnummer 0800 1001116.
www.datev.de/unternehmensloesungen

DATEV

Zukunft gestalten. Gemeinsam.